Bevölkerungsforschung *Aktuell*

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

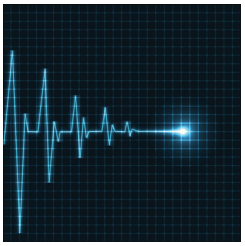
Ausgabe 5 • 2014
35. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

ein gutes Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung Deutschlands nähert sich die Lebenserwartung von Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland weiter an. Im Jahr 1989 gab es hier noch deutliche Unterschiede. So hatte die Bevölkerung im Westteil des Landes zu diesem Zeitpunkt eine um zweieinhalb Jahre längere Lebenserwartung als die in Ostdeutschland.
Wie sehr sich seither die Situation erfreulicherweise verbessert hat, zeigen unter anderem aktuelle Modellrechnungen des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung. Demnach würden ostdeutsche Frauen heute im Schnitt 4,2 Jahre und Männer sogar 6,2 Jahre früher sterben, hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben. So dürfte ein im Jahr 2011 in Ostdeutschland geborenes Mädchen danach ein Leben von 78,9 Jahren erwarten, ein Junge wäre auf 70,9 Jahre gekommen (statt tatsächlich 82,9 und 77,1 Jahre.) Damit hat die Wiedervereinigung auf die Lebenserwartung einen deutlich positiven Effekt gehabt.
Worin die Ursache dieser Entwicklung liegt, lässt sich bisher nur vermuten. Karla Gärtner geht daher der Frage nach, wie die heute trotz aller Verbesserungen noch bestehenden Unterschiede aus demografischer Sicht erklärt werden können.
Da die Ungleichheiten in Ost- und Westdeutschland vor allem auch auf regionaler Ebene noch stärker ausgeprägt sind, untersucht Michael Mühlichen in seiner Analyse die Sterblichkeitsentwicklung im Vergleich der Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des BiB

Sterblichkeitsentwicklung aus der Sicht von Generationen – vor und nach dem Mauerfall



Warum gibt es nach wie vor Unterschiede in der Sterblichkeitsentwicklung in Ost- und Westdeutschland? Frühere Erklärungsansätze sahen unter anderem vor allem in der schlechteren medizinischen Versorgung in der ehemaligen DDR einen wesentlichen Grund für die unterschiedliche Mortalitätsentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Nach der Wiedervereinigung erfolgten allerdings große Fortschritte in der medizinischen Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung, so dass sich nunmehr das Augenmerk auf die noch bestehenden unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Bedingungen in Ost und West richtet. Die Generationen, die vor der Wiedervereinigung geboren wurden, waren entsprechend unterschiedlichen, die Sterblichkeit beeinflussenden, Faktoren ausgesetzt. Am Beispiel der 1964 geborenen Generation aus den sogenannten „Baby-Boomer"-Jahrgängen untersucht der Beitrag die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit sowie den Überlebensverlauf von Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland. Dabei wird auch ein Blick auf die Tendenzen bei der Verkehrsunfallsterblichkeit geworfen. Schließlich zählen Verkehrsunfälle zu den wesentlichen Todesursachen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter. Deren unterschiedliche geschlechtsspezifische Höhe kann einen großen Teil der unterschiedlichen Sterblichkeit von Männern und Frauen in diesen Altersgruppen erklären. ➡ *Seite 2*

Geringere Sterblichkeitsunterschiede im deutschen Ostseeraum

Die Lebenserwartung der Menschen ist seit der Wiedervereinigung Deutschland weiter angestiegen. Dabei gibt es vor allem auf der regionalen Ebene noch immer große Unterschiede. Besondes benachteiligt sind die Regionen im Osten und Norden Deutschlands. Der Beitrag untersucht daher am Beispiel der benachbarten Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit ihren Teilregionen die Entwicklung der Sterblichkeit und der wichtigsten Todesursachen im deutschen Ostseeraum seit der deutschen Wiedervereinigung. Außerdem wird geprüft, ob es in der Sterblichkeitsentwicklung der beiden Bundesländer Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie Männern und Frauen gibt. Da sich beide Bundesländer von ihren klimatischen und geografischen Bedingungen sowie in der Kultur sehr ähnlich sind, muss die nach wie vor höhere Sterblichkeit in Mecklenburg-Vorpommern andere Ursachen haben. Die Analyse zeigt, dass eine wachsende Angleichung des Sterblichkeitsniveaus Mecklenburg-Vorpommerns zu Schleswig-Holstein festzustellen ist, wobei es hier noch geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Bundesländern zeigt sich allerdings bei der Sterblichkeit auf dem Land. ➡ *Seite 6*

Karla Gärtner

Sterblichkeitsentwicklung aus der Sicht von Generationen – vor und nach dem Mauerfall

Vor 25 Jahren fiel die Mauer und seitdem hat sich die Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland sukzessive einander angenähert (siehe hierzu den Beitrag von M. Mühlichen in diesem Heft), wozu die Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse aller betroffenen Generationen bei beiden Geschlechtern beigetragen hat. Heute noch bestehende Unterschiede in der Lebenserwartung der ost- und westdeutschen Bevölkerung sind sicher kaum mehr mit den „klassischen" Begründungen, zum Beispiel der schlechteren medizinischen Versorgung in der ehemaligen DDR zu erklären, sondern ergeben sich, wie auch in anderen Regionen Deutschlands, hauptsächlich aufgrund unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Bedingungen.

Die Generationen, die vor der Wiedervereinigung geboren wurden, haben aber mehr oder weniger lange noch in einem geteilten Deutschland gelebt und waren entsprechend unterschiedlichen, die Sterblichkeit beeinflussenden Faktoren ausgesetzt. Dies gilt auch für die in letzter Zeit häufig in der Presse erwähnten 1964 Geborenen aus den sogenannten „Baby-Boomer"-Jahrgängen. Mit 1,065 Millionen Geburten hatte Westdeutschland im Jahr 1964 seinen Geburtengipfel erreicht, in der ehemaligen DDR wurden in diesem Jahr rund 292.000 Kinder geboren. Der (nach 1951 bereits zweite) Geburtengipfel war hier aber bereits im Jahr 1963 mit etwas über 301.000 Geborenen zu verzeichnen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich jedoch für beide Teile Deutschlands auf den Geburtsjahrgang 1964, der beim Fall der Mauer gerade die Hälfte seines heutigen Alters erreicht hatte. Anders als in den letzten und in den 1970er Jahren war in den frühen 1960er Jahren die Säuglingssterblichkeit in der ehemaligen DDR noch um einiges höher als in Westdeutschland.

Für 1964 geborene Jungen betrug sie im Westen 28,2 gestorbene Säuglinge je 1.000 Lebendgeborene, im Osten 31,9. Bei neugeborenen Mädchen lag sie bei 22,3 im Westen und 24,4 im Osten.

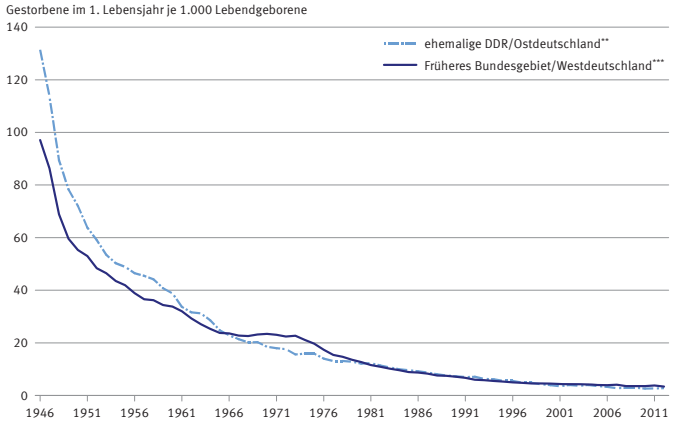
Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit seit 1946 für beide Teile Deutschlands.

Die Säuglingssterblichkeit beeinflusst durch ihre Höhe nicht nur die Lebenserwartung bei Geburt unterschiedlich stark, sie bestimmt auch bereits am Lebensanfang mit, wie viele Personen eines Geburtsjahrgangs überhaupt ein bestimmtes Lebensalter erreichen (können).

So haben von den „Baby-Boomern" des Jahrgangs 1964 bei beiden Geschlechtern und in beiden Teilen Deutschlands ca. 90 % bis zum heutigen Tag überlebt und konnten ihren 50. Geburtstag bereits feiern bzw. werden dies demnächst tun (siehe Abbildung 2): rund 91,6 %[1] der westdeutschen Männer und 94,7 %[1] der westdeutschen Frauen sowie 88,1 %[2] der ostdeutschen Männer und 92,3 %[2] der ostdeutschen Frauen. Da die Sterbeziffern für das aktuelle Jahr noch nicht vorliegen, handelt es sich hierbei jedoch um vorläufige bzw. geschätzte Werte.

Etwas höher war naturgemäß der Anteil der Überlebenden dieses Geburtsjahrgangs im Alter 25. 92,8 %[2] der ostdeutschen Männer und 94,9 %[2] der ostdeutschen Frauen haben dieses Alter im Jahr 1989 erreicht. Bei den westdeutschen Männern waren es 95,2 %[1] und bei den Frauen 96,7 %[1].

Abb. 1: Säuglingssterblichkeit* in West- und Ostdeutschland, 1946 bis 2012



*ab 1958 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten
** bis 2000 Gebiet der ehemaligen DDR, ab 2001 Ostdeutschland ohne Berlin
*** bis 2000 Früheres Bundesgebiet, ab 2001 Westdeutschland ohne Berlin

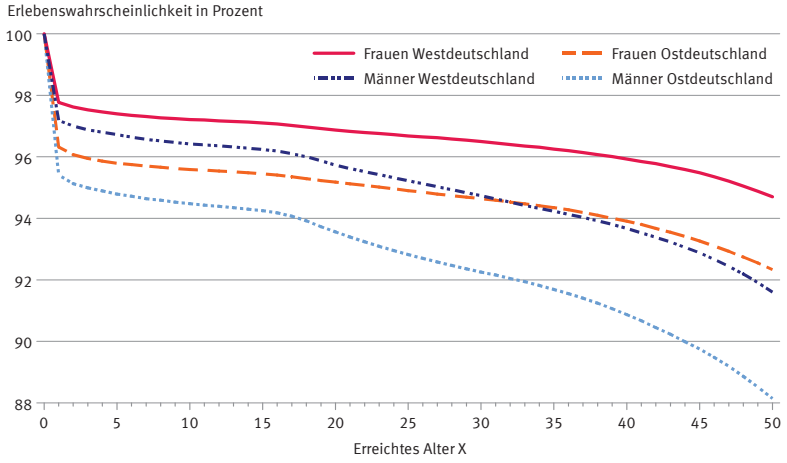
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB;

Grafik: Internetangebot des BiB

© BiB 2014

1 Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Generationensterbetafeln für Deutschland.
2 Datenquelle: Human Mortality Database.

Abb. 2: Überlebensverlauf der Geburtskohorte 1964 nach Geschlecht für Ost- und Westdeutschland bis zum Alter von 50 Jahren



*Ab dem Alter 45 Schätzungen
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Human Mortality Database

© BiB 2014

Aus diesen wenigen Zahlen lässt sich zweierlei ablesen: Die Sterblichkeitsentwicklung ist bei den Frauen in Ost- und Westdeutschland in ihrer Höhe ähnlicher verlaufen als bei den Männern und die Sterblichkeit im Kindes- und jungen Erwachsenenalter ist bei beiden Geschlechtern höher als in den „mittleren" Jahren gewesen.

Abbildung 3 zeigt noch einmal die geschlechtsspezifischen Überlebenskurven des Geburtsjahrgangs 1964 für Westdeutschland im Vergleich zu einem in diesem Jahr ebenfalls sehr prominenten Geburtsjahrgang, nämlich dem der heute 60-Jährigen.

1954 war die Säuglingssterblichkeit, verglichen mit den heutigen Werten, noch relativ hoch (siehe Abbildung 1). Sie lag für neugeborene Jungen im Westen bei 45,9 gestorbene Säuglinge je 1.000 Lebendgeborene, für weibliche Säuglinge bei 36,8. In Ostdeutschland betrugen diese Werte 55,9 bei Jungen und 44,3 bei Mädchen.

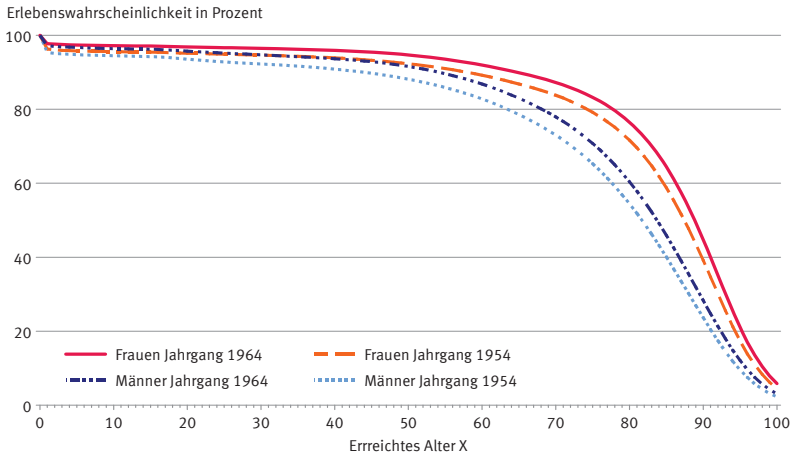
Anders als bei der Geburtskohorte von 1964 überlebten bei den Männern sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland keine 90 %[3] bis zum Alter 50 (im Jahr 2004). Ihren 60. Geburtstag in diesem Jahr erreichen 89 %[3] der westdeutschen und rund 88 %[4] der ostdeutschen Frauen, bei den Männern sind es knapp 83 %[3] im Westen und rund 78 %[4] im Osten. Auch hier handelt es sich um vorläufige Werte.

Aber nicht nur die Säuglingssterblichkeit, sondern natürlich auch die Sterblichkeit im Kindes-, Jugend- und jungen Erwachsenenalter bestimmt den Überlebensverlauf einer Geburtskohorte. Die beiden betrachteten Jahrgänge 1954 und 1964 sind zwar inzwischen in einem Alter, in dem die häufigsten Todesursachen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bösartige Neubildungen (Krebs) bereits relevant werden, darauf soll an dieser Stelle aber nicht näher eingegangen werden (siehe hierzu die Ausführungen von Gärtner/Mühlichen 2011 und Mühlichen 2014).

Eine weitere bedeutende Todesursache im Überlebensverlauf der beiden Jahrgänge sind Verkehrsunfälle. Im Jugend- und jungen Erwachsenenalter stellen sie auch heute noch die häufigste Todesursache dar (Gärtner/Mühlichen 2012). Die unterschiedliche geschlechtsspezifische Höhe der Verkehrsunfallsterblichkeit kann einen großen Teil der unterschiedlichen Gesamtsterblichkeit von Männern und Frauen in diesen Altersgruppen erklären.

Auf der Basis der Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes werden, da die Werte nur für 5-Jahres-Altersgruppen vorliegen, die „Baby-Boomer"-Jahrgänge Anfang der 1960er Jahre mit den 10 Jahre älteren Kohorten, die Anfang der 1950er Jahre geboren wurden, verglichen.

Abb. 3: Überlebensverlauf der Jahrgänge 1954 und 1964 nach Geschlecht und Alter*

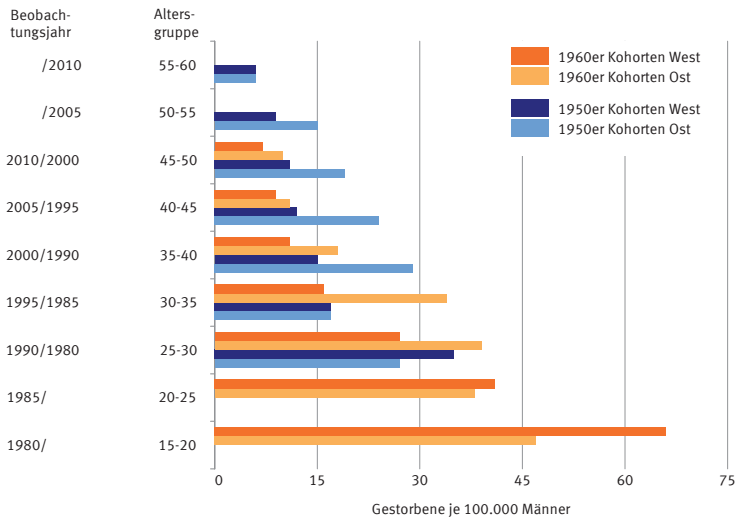


*Ab dem Alter 45 (Jahrgang 1964) bzw. 55 (Jahrgang 1954) Schätzungen
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Human Mortality Database

© BiB 2014

[3] Datenquelle: Statistisches Bundesamt: Generationensterbetafeln für Deutschland.
[4] Datenquelle: Human Mortality Database.

Abb. 4: Infolge eines Verkehrsunfalls Gestorbene je 100.000 Männer gleichen Alters in Ost- und Westdeutschland



ab 2000: Westdeutschland einschl. Berlin-Ost, neue Länder ohne Berlin-Ost

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Todesursachenstatistik

© BiB 2014

Abbildung 4 zeigt die altersspezifische Entwicklung der Verkehrsunfallsterblichkeit der Männer beider Geburtskohorten für die Beobachtungsjahre 1980 bis 2010.

Die Geburtsjahrgänge in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zeigen mit einer recht hohen Unfallsterblichkeit das „klassische" Muster in der Altersgruppe 15-20, mit einem Rückgang in der nächsten Altersgruppe 20-25. In den Jahren 1980 und 1985 war die Unfallsterblichkeit in Westdeutschland, insbesondere bei den unter 20-Jährigen, sehr viel höher als in Ostdeutschland. Das hat sich im Jahr 1990 mit der Wiedervereinigung geändert, die Unfallsterblichkeit in Ostdeutschland stieg an (Gärtner/Mühlichen 2012).

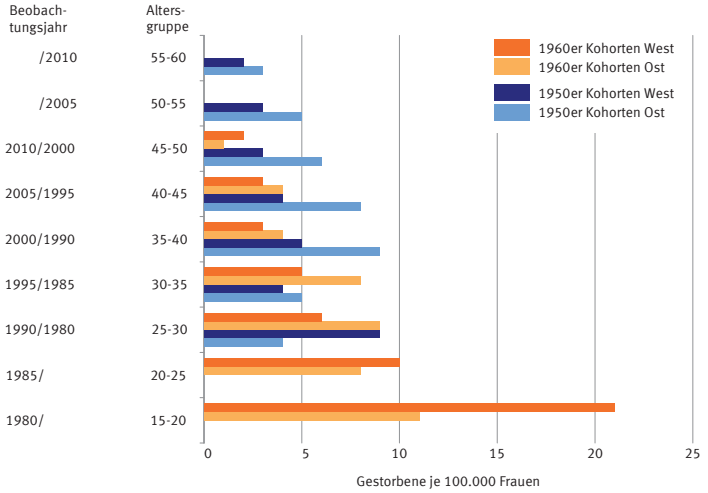
Betroffen waren aber offensichtlich nicht nur die sehr jungen Menschen, auch die ostdeutschen Männer der Geburtsjahrgänge Anfang bis Mitte der 1950er Jahre, immerhin schon über Mitte 30, waren deutlich häufiger in tödlich verlaufene Verkehrsunfälle verwickelt als ihre westdeutschen Altersgenossen. Und anders als bei einem „normalen" Verlauf der Verkehrssterblichkeit erhöhte sich die Sterbeziffer mit zunehmendem Alter. Erst im Alter von über 55 glich sich die Verkehrsunfallsterblichkeit der Männer in Ost- und Westdeutschland wieder einander an und erreichte damit die für diese Geburtskohorten niedrigste Unfallsterblichkeit von 6 Gestorbenen auf 100.000 Männer gleichen Alters.

Abbildung 5 zeigt nun die Verkehrsunfallsterblichkeit der Frauen der beiden betrachteten Geburtskohortengruppen.

Das Muster der Entwicklung der Unfallsterblichkeit bei den Frauen der 1950er und 1960er Geburtsjahrgänge ist dem der Männer sehr ähnlich, wenn auch auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Mit 66 infolge eines Verkehrsunfalls gestorbenen Männern zu 21 Frauen, jeweils bezogen auf 100.000 Personen gleichen Geschlechts, war die Unfallsterblichkeit westdeutscher 15- bis unter 20-jähriger Männer im Jahr 1980 in Westdeutschland mehr als dreimal so hoch wie die der gleichaltrigen Frauen. In Ostdeutschland war dieser geschlechtsspezifische Unterschied noch gravierender: 47 Männer zu 11 Frauen je 100.000 Personen gleichen Alters und Geschlechts.

1990 änderte sich auch bei den Frauen das Ost-West-Verhältnis. Sowohl bei den 25- bis unter 30-Jährigen der jüngeren Geburtskohorten als auch bei den damals 35- bis unter 40-Jährigen der älteren Geburtskohorten übertraf das Niveau der Unfallsterblichkeit in Ostdeutschland dasjenige im Westen. Und bei den Frauen der 1950er Ge-

Abb. 5: Infolge eines Verkehrsunfalls Gestorbene je 100.000 Frauen gleichen Alters in Ost- und Westdeutschland



ab 2000: Westdeutschland einschl. Berlin-Ost, neue Länder ohne Berlin-Ost

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Todesursachenstatistik

© BiB 2014

burtskohorten in Ostdeutschland blieb die Unfallsterblichkeit auch mit steigendem Alter auf einem (relativ) hohen Niveau.

Bei den jüngeren Geburtskohorten sind aktuell die zurzeit 45- bis unter 50-jährigen Frauen in Ostdeutschland wieder unter den Werten von Westdeutschland, allerdings in beiden Teilen Deutschlands auf einem extrem niedrigen Niveau.

Anders als im jungen Alter verliert jedoch die Verkehrsunfallsterblichkeit mit zunehmendem Alter im gesamten Todesursachenspektrum sehr an Bedeutung. Gleichwohl beeinflusst auch sie die Überlebenswahrscheinlichkeiten von Kohorten, insbesondere bei jungen Menschen, aber, wie die Abbildungen zeigen, durchaus auch noch in den mittleren Jahren. Dadurch lässt sich, zumindest bei den Männern, ein geringer Anteil am Unterschied in der Lebenserwartung von Ost- und Westdeutschland erklären.

Literatur:

Gärtner, Karla; Mühlichen, Michael (2011): Entwicklung der Lebenserwartung aus Generationensicht. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 32,4: 11-14.

Gärtner, Karla; Mühlichen, Michael (2012): Die Entwicklung der Verkehrsunfallsterblichkeit. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 33,1: 6-9.

Mühlichen, Michael (2014): Geringere Sterblichkeitsunterschiede im deutschen Ostseeraum. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 35,5: 6-12.

Statistisches Bundesamt (2011): Generationensterbetafeln für Deutschland. Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge 1896-2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Michael Mühlichen

Geringere Sterblichkeitsunterschiede im deutschen Ostseeraum

In der Lebenserwartung gibt es große regionale Unterschiede in Deutschland. Benachteiligt sind vor allem Regionen im Osten und Norden Deutschlands. Im nordöstlichsten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist die Lebenserwartung dementsprechend geringer als in den meisten anderen Bundesländern, auch im Vergleich zum westlichen Nachbarland Schleswig-Holstein. Wie haben sich diese Sterblichkeitsunterschiede zwischen den beiden Ländern seit der Wiedervereinigung entwickelt? Welche Unterschiede bestehen im Hinblick auf Todesursachen und Geschlecht? Welche Rolle spielt die Siedlungsstruktur?

Noch im 19. Jahrhundert war das Sterblichkeitsniveau in Mecklenburg-Vorpommern geringer als beispielsweise in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern, in denen heute die höchste Lebenserwartung zu verzeichnen ist (Mühlichen et al. 2015). Auch heute noch verfügt der Nordosten Deutschlands als beliebter Urlaubs- und Erholungsstandort über gute klimatische Bedingungen: gute Luft, wenig Industrie, Nähe zum Meer, viele Seen und Wälder. Das andere deutsche Ostseeanrainerland, Schleswig-Holstein, weist diesbezüglich sehr ähnliche Voraussetzungen auf und ist auch in der Mentalität/Kultur seiner Bevölkerung, einem schwer messbaren aber wichtigen Merkmal, ähnlich. Dass die Sterblichkeit in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor höher ist als in Schleswig-Holstein, muss also andere Ursachen haben. Denkbar sind vor allem die schlechteren Lebensbedingungen zur DDR-Zeit, die selektive Migration nach dem Beitritt zum Bundesgebiet sowie sozioökonomische, strukturelle und risikorelevante Merkmale.

Relevanz für die Politik ergibt sich insbesondere aus der im Grundgesetz verankerten Verantwortung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, speziell im Hinblick auf eine Verbesserung der medizinischen und infrastrukturellen Versorgung sowie der Arbeitsbedingungen.

Fragestellung

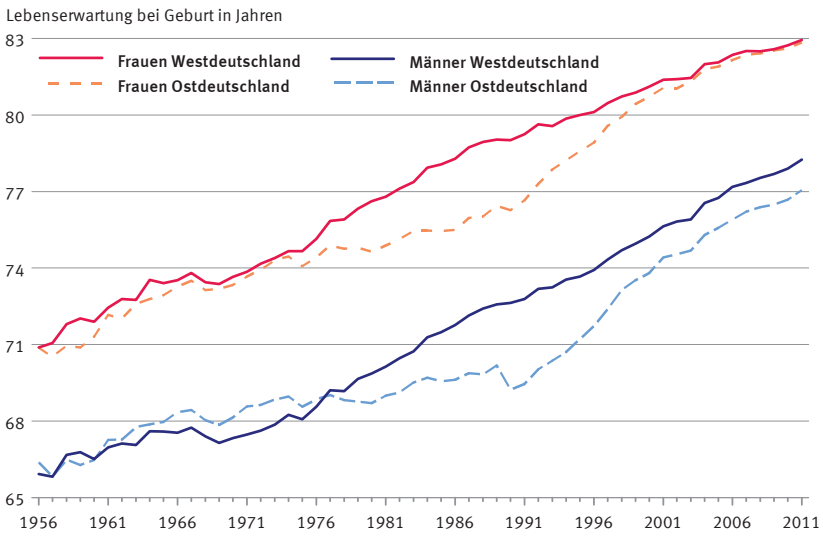
Dieser Beitrag untersucht die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Sterblichkeit und der wichtigsten Todesursachen im deutschen Ostseeraum seit der deutschen Wiedervereinigung. Im Fokus stehen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Schleswig-Holstein (SH) mit ihren Teilregionen Mecklenburg, Vorpommern, Holstein und Schleswig. Außerdem soll geprüft werden, ob es in der Sterblichkeitsentwicklung der beiden Länder Unterschiede zwischen Stadt und Land und den Geschlechtern gibt.

Überblick zur Mortalitätsentwicklung seit 1990

Der bisherige Forschungsstand zeigt für Deutschland ein weitgehendes Nordost-Südwest-Gefälle in der Sterblichkeit, mit der höchsten Lebenserwartung im Süden Bayerns, in Baden-Württemberg und Südhessen, während neben Mecklenburg-Vorpommern auch in Sachsen-Anhalt, im Saarland, im Ruhrgebiet, im Nordosten Bayerns und in Teilen Brandenburgs und Thüringens eine vergleichsweise niedrige Lebenserwartung herrscht (Kibele 2012).

Die Ost-West-Unterschiede sind in den 1990er Jahren massiv zurückgegangen, insbesondere aufgrund der Ver-

Abb. 1: Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht



Datenquelle: Human Mortality Database

© BiB 2014

besserung der medizinischen Versorgung (Kibele/Scholz 2009). Bei den Frauen ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Ost und West inzwischen sogar auf dem gleichen Niveau. Bei den Männern hat es hingegen seit 2001 keine weitere Annäherung mehr gegeben; der Abstand beträgt 1,2 Jahre zu den alten Bundesländern (siehe Abbildung 1). Die wichtigste Ursache für die bestehende Differenz bei Männern ist die ungünstigere Arbeitsmarktsituation im Osten (Scholz et al. 2010).

Auch zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind die Unterschiede in der Lebenserwartung seit der Wiedervereinigung zurückgegangen. In der Periodensterbetafel 2009/2011 des Statistischen Bundesamtes konnte sogar erstmals für die Frauen in Mecklenburg-Vorpommern eine minimal höhere durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt nachgewiesen werden als in Schleswig-Holstein. Für die Männer in Mecklenburg-Vorpommern beträgt der Abstand zu den Männern in Schleswig-Holstein jedoch noch 1,6 Jahre (siehe Tabelle 1). Neben ungünstigeren Arbeitsbedingungen stellt die vergleichsweise höhere Mortalität durch Verkehrsunfälle und Alkoholismus eine Besonderheit in Mecklenburg-Vorpommern dar, vor allem bei Männern (z. B. Dinkel 2001; Gabka 2003; Karpinski 1994; Salzmann 2012). Trotz sinkender Tendenz ist die Verkehrsunfallsterblichkeit in keinem anderen Bundesland so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern[1] (Gärtner/Mühlichen 2012).

Tab. 1: Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Bundesland, 2009-2011

Bundesland	Männer	Frauen
Deutschland	77,72	82,73
Baden-Württemberg	79,15	83,64
Bayern[1]	78,31	83,14
Berlin	77,60	82,55
Brandenburg	76,97	82,44
Bremen	76,51	82,05
Hamburg	77,63	82,56
Hessen	78,42	82,90
Mecklenburg-Vorpommern	75,86	82,31
Niedersachsen	77,42	82,41
Nordrhein-Westfalen	77,31	82,20
Rheinland-Pfalz	77,73	82,42
Saarland	76,70	81,71
Sachsen	77,29	83,24
Sachsen-Anhalt	75,71	81,86
Schleswig-Holstein	77,46	82,26
Thüringen	76,68	82,33

[1] Die Werte für Bayern werden ab 2004/2006 aufgrund einer länderspezifischen Methodik ermittelt.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt Periodensterbetafel 2009/2011.

Daten und Methodik

Um die regionale Sterblichkeitsentwicklung im Ostseeraum nach Region, Geschlecht und Todesursache seit der Wiedervereinigung abzubilden, werden im Folgenden altersstandardisierte Sterberaten auf der Basis von Daten der amtlichen Todesursachen- und Bevölkerungsstatistik des Zeitraums 1990 bis 2011 berechnet. Als Altersstandardisierung wurde die neue Europastandardbevölkerung (ohne Geschlechtsspezifizierung) gewählt. Bei den Kalenderjahren der Sterberaten handelt es sich um Fünfjahresdurchschnittswerte, sodass die Analysen den Zeitraum 1992 bis 2009 darstellen.

Auf regionaler Ebene werden zum einen die Gebiete Mecklenburg, Vorpommern, Holstein und Schleswig auf der Basis der aktuellen Kreisgrenzen, nicht der historischen Grenzen, verglichen. Zum anderen erfolgen Stadt-Land-Vergleiche. Hierbei sind die kreisfreien Städte als „Stadt“ definiert und die Landkreise als „Land“. Dies betrifft für Mecklenburg-Vorpommern die Städte Rostock und Schwerin sowie die bis September 2011 kreisfreien Städte Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar, für Schleswig-Holstein die Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster. Diese Städte sind in ihrer regionalen Bedeutung in etwa vergleichbar, da es sich bei ihnen um Oberzentren handelt, mit Ausnahme der Stadt Wismar, welche ein Mittelzentrum ist, aber zum Teil auch Funktionen eines Oberzentrums wahrnimmt.

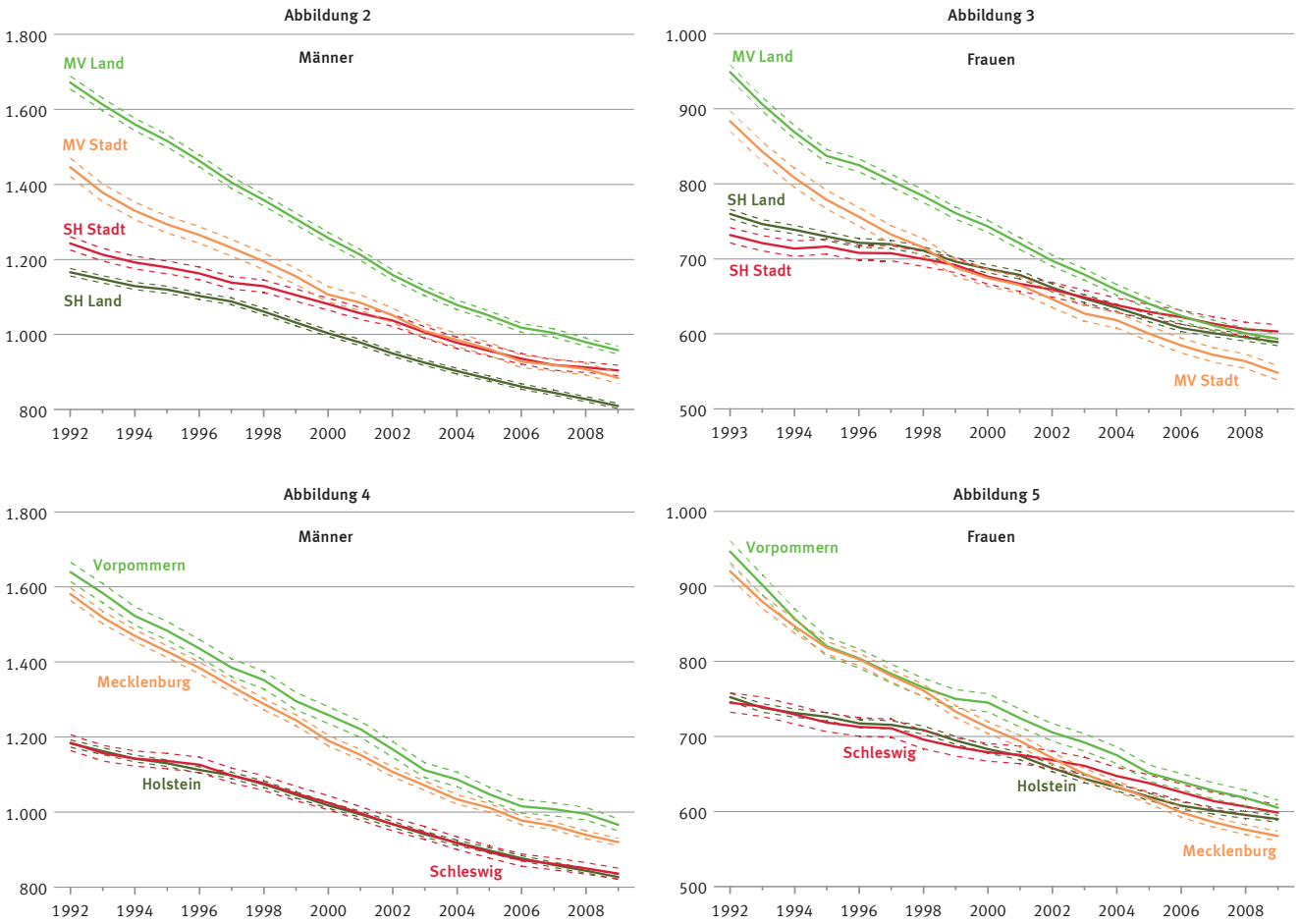
Die Todesursache wurde bis 1997 auf Basis der numerischen ICD-9[2], ab 1998 auf Basis der alphanumerischen ICD-10[3] kodiert. Dieser Beitrag untersucht als wichtigste Todesursachengruppen die Herz-Kreislauf-Erkrankungen

[1] Dies ist vor allem bedingt durch enge Landstraßen mit Baumbepflanzung am Straßenrand (Alleen), die eine erhöhte Sterbewahrscheinlichkeit im Falle eines Unfalls zur Folge haben. Die Verkehrsunfallhäufigkeit liegt hingegen im Bundesdurchschnitt (Gärtner/Mühlichen 2012).

[2] International Classification of Diseases (Internationale Klassifikation der Krankheiten), 9. Revision, siehe: https://www.dimdi.de/static/de/klassi/icd-10-who/historie/icd-vorgaenger/icd-9/icd-9-das.htm

[3] International Classification of Diseases (Internationale Klassifikation der Krankheiten), 10. Revision, siehe: https://www.dimdi.de/static/de/klassi/icd-10-gm/kodesuche/onlinefassungen/htmlgm2013/index.htm

Abb. 2-5: Standardisierte Sterberate (Sterbefälle je 100.000 Einwohner) in Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Schleswig-Holstein (SH) nach Stadt und Land sowie den Regionen Mecklenburg, Vorpommern, Schleswig und Holstein, 1992-2009, alle Todesursachen nach Geschlecht



Datenquellen: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern und Statistikamt Nord; eigene Berechnung und grafische Darstellung

© BiB 2014

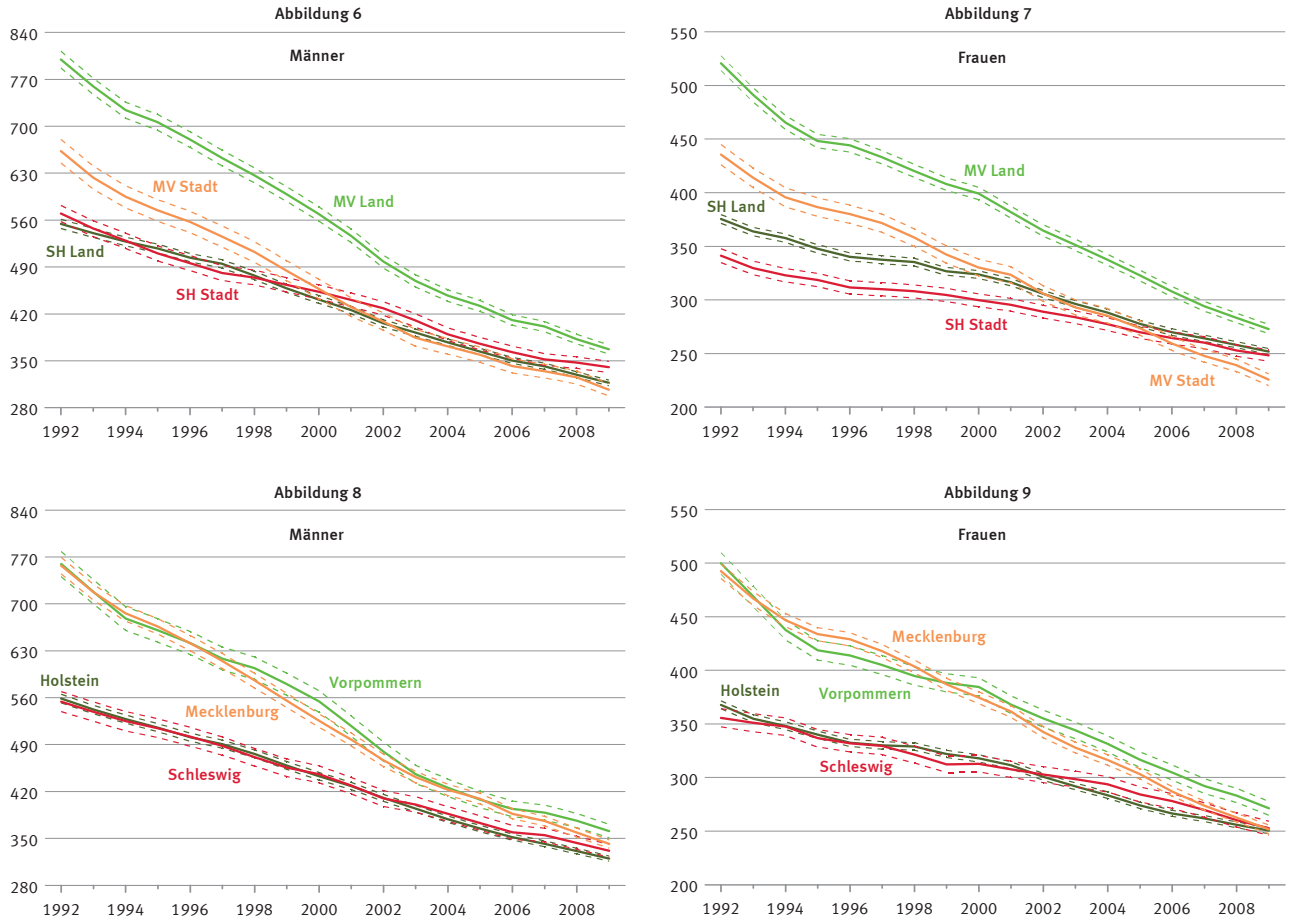
(ICD-9: 360-459; ICD-10: I00-I99) und Neubildungen, auch Krebs genannt (ICD-9: 140-239; ICD-10: C00-D48). Herz-Kreislauf-Erkrankungen beinhalten u. a. Diagnosen wie Herzinfarkt und Schlaganfall. Die Gruppe der Neubildungen setzt sich aus bösartigen und gutartigen Tumoren zusammen; häufigste Diagnosen sind Lungenkrebs, Darmkrebs, Brustkrebs und Prostatakrebs (Doblhammer et al. 2012: 451). Um die altersstandardisierten Sterberaten werden 95 %-Konfidenzintervalle gebildet. Ein 95 %-Konfidenzintervall sagt aus, dass sich der wahre Wert der altersstandardisierten Sterberate mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen der oberen und unteren Grenze des Konfidenzintervalls befindet. Wenn sich die Konfidenzintervalle zweier Regionen nicht überlappen, sind die Unterschiede zum jeweiligen Zeitpunkt signifikant. Ausführlichere Darlegungen zur Methodik und den Daten erscheinen in Mühlichen (2014).

Ergebnisse: Gesamtsterblichkeit

Im Folgenden werden zunächst die Sterberaten für alle Todesursachen insgesamt jeweils nach Geschlecht dargestellt, sowohl als Stadt-Land-Vergleich als auch als regionaler Vergleich.

Abbildung 2 zeigt, dass die Sterberaten bei den Männern in den (ehemals) kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins inzwischen auf dem gleichen Niveau sind. Ein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Bundesländern besteht jedoch auf dem Land: Während die Landkreise Schleswig-Holsteins das niedrigste Sterblichkeitsniveau aufweisen, ist

Abb. 6-9: Standardisierte Sterberate (Sterbefälle je 100.000 Einwohner) in Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Schleswig-Holstein (SH) nach Stadt und Land sowie den Regionen Mecklenburg, Vorpommern, Schleswig und Holstein, 1992-2009, Herz-Kreislauferkrankungen nach Geschlecht



Datenquellen: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern und Statistikamt Nord; eigene Berechnung und grafische Darstellung

© BiB 2014

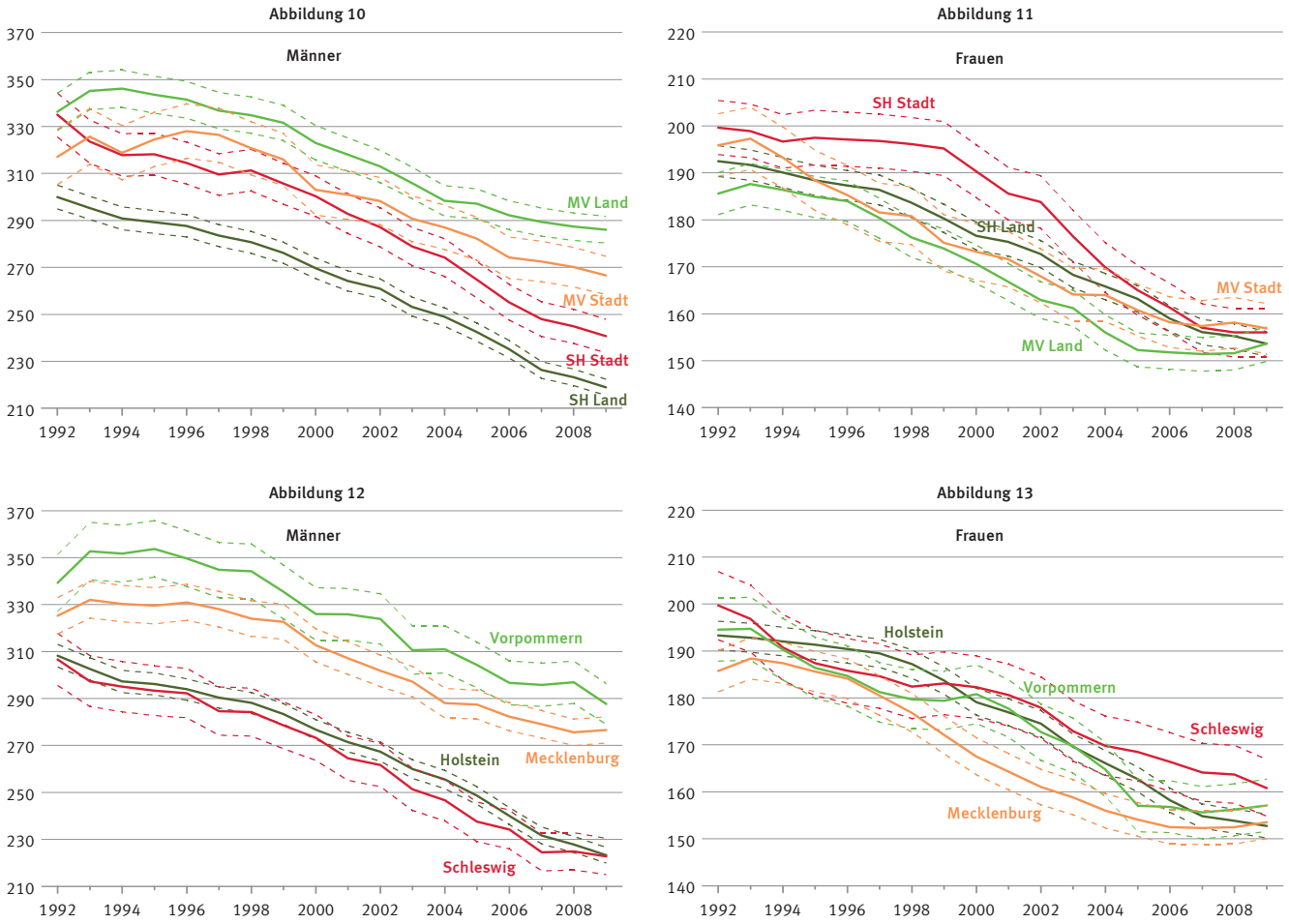
die Rate für die Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns am höchsten. Bei den Frauen (Abbildung 3) weisen die Städte Mecklenburg-Vorpommerns sogar das niedrigste Sterblichkeitsniveau auf, während sich die anderen vier Analyseregionen nicht signifikant unterscheiden.

Auch bei Betrachtung der vier Regionen Schleswig, Holstein, Mecklenburg und Vorpommern ist der enorme Aufholprozess Mecklenburg-Vorpommerns seit der Wiedervereinigung zu erkennen. Bei den Männern (Abbildung 4) ist die Sterberate in Schleswig und Holstein aber immer noch signifikant geringer als in Mecklenburg. Vorpommern weist die höchste Sterblichkeit der vier Regionen auf. Bei den Frauen (Abbildung 5) hat Mecklenburg inzwischen sogar die niedrigste Mortalitätsrate, Vorpommern nach wie vor die höchste.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Bei Betrachtung der häufigsten Todesursachengruppe in Deutschland, den Herz-Kreislauf-Erkrankungen, ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Gesamtmortalität. Der größte Unterschied ist jedoch eine Niveauverschiebung zu Ungunsten der Landkreise. Sowohl bei den Männern (Abbildung 6) als auch bei den Frauen (Abbildung 7) weisen die Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns die signifikant höchste Sterberate auf, während die Städte Mecklenburg-Vorpommerns inzwischen das geringste Niveau verzeichnen (bei den Männern zusammen mit den Landkreisen Schleswig-Holsteins). Ein solches Stadt-Land-Gefälle wie in Mecklenburg-Vorpommern ist in Schleswig-Holstein nicht festzustellen, bei den Frauen zumindest nicht (mehr) signifikant und bei den Männern sogar in umgekehrter Ausrichtung.

Abb. 10-13: Standardisierte Sterberate (Sterbefälle je 100.000 Einwohner) in Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Schleswig-Holstein (SH) nach Stadt und Land sowie den Regionen Mecklenburg, Vorpommern, Schleswig und Holstein, 1992-2009, Neubildungen nach Geschlecht



Datenquellen: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern und Statistikamt Nord; eigene Berechnung und grafische Darstellung

© BiB 2014

Im Vergleich der Regionen verzeichnet Vorpommern auch bei den Herz-Kreislauf-Erkrankungen die signifikant höchste Sterberate, sowohl bei Männern (Abbildung 8) als auch bei Frauen (Abbildung 9), während sie in Holstein am niedrigsten ist, wenn auch bei den Frauen zuletzt nicht (mehr) signifikant geringer als in Mecklenburg und Schleswig.

Neubildungen

Bei den Männern (Abbildung 10) ist die Sterberate für Neubildungen in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns am höchsten, gefolgt von den Städten Mecklenburg-Vorpommerns, den Städten Schleswig-Holsteins und zuletzt den Landkreisen Schleswig-Holsteins, jeweils in signifikantem Abstand. Bei den Frauen ergeben sich hingegen keine signifikanten Unterschiede (Abbildung 11).

Auch die Betrachtung der vier Regionen zeigt keine signifikanten Differenzen bei den Frauen (Abbildung 13). Bei den Männern (Abbildung 12) weisen Holstein und Schleswig das niedrigste Niveau auf. In Mecklenburg ist die Rate signifikant höher, aber nicht so hoch wie in Vorpommern.

Insgesamt ist der Rückgang der Mortalität durch Neubildungen in den letzten 20 Jahren bei weitem nicht so deutlich wie im Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dies ist in den anderen Bundesländern nicht anders. Seit 2006 stagniert die Rate bei den Frauen in Mecklenburg-Vorpommern zudem.

Fazit

Seit der Wiedervereinigung hat in Mecklenburg-Vorpommern ein enormer Sterblichkeitsrückgang eingesetzt, insbesondere im Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Eine zunehmende Angleichung des Sterblichkeitsniveaus zu Schleswig-Holstein ist festzustellen, welche bei den Frauen bereits vollzogen ist. Generell kann ein größeres Ausmaß der Mortalitätsunterschiede bei Männern als bei Frauen sowie – innerhalb der beiden Bundesländer – zwischen Stadt und Land als zwischen den Regionen festgestellt werden. Dies bestätigt die Ergebnisse von Müller und Kück (1998) für Mecklenburg-Vorpommern.

Die kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein liegen bei den Männern inzwischen auf dem gleichem Niveau, bei den Frauen ist die Rate in den kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns sogar am geringsten. Die insgesamt höchste Sterblichkeit ist in den Landkreisen von Mecklenburg-Vorpommern bzw. in der Region Vorpommern im Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie bei vorpommerschen Männern auch im Zusammenhang mit Neubildungen festzustellen.

Der Hauptunterschied zwischen den beiden Bundesländern des Ostseeraums besteht also auf dem Land. Dass nicht ausschließlich sozioökonomische Faktoren für dieses Ergebnis verantwortlich sein können, zeigt der Befund, dass die Sterblichkeit in den Städten Mecklenburg-Vorpommerns trotz ungünstigerer sozioökonomischer Bedingungen inzwischen auf einem niedrigeren Niveau liegt als in den Städten Schleswig-Holsteins, wenn auch nur bei den Frauen signifikant. Weitere bedeutende Faktoren können u. a. risikorelevantes Verhalten (z. B. Ernährung, Rauchen, Alkohol) und die Arztdichte pro Quadratkilometer sein. Zwar ist die Arztdichte gemessen pro Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern etwas höher als in Schleswig-Holstein. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn man nur die Bevölkerung im Alter ab 65 zu Grunde legt. Hinzu kommt ein Stadt-Land-Gefälle zu Ungunsten des Landes. Weiterhin trägt die geringe Bevölkerungsdichte jenseits der untersuchten Städte dazu bei, dass Notärzte weitere Wege zurücklegen müssen. Gerade bei Kreislaufkrankheiten wie Herzinfarkt oder Schlaganfall ist aber eine schnelle medizinische Versorgung von höchster Bedeutung. In diesem Zusammenhang besteht möglicherweise noch Aufholbedarf. Welchen Beitrag die einzelnen Faktoren zur Erklärung der regionalen Sterblichkeitsdifferenzen im Ostseeraum genau leisten, soll in einem laufenden Forschungsprojekt am BiB geklärt werden.

Weblink zum Projekt unter

http://www.bib-demografie.de/mortalitaet

Literatur

Dinkel, Reiner H. (2001): Fertilität und Mortalität als bestimmende Faktoren der Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur MV (Hrsg.): Schweriner Wissenschaftstage. Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern. Demographie - Planung - Politik. Schwerin: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur MV: 16-30.

Doblhammer, Gabriele; Kreft, Daniel; Dethloff, Andreas (2012): Gewonnene Lebensjahre. Langfristige Trends der Sterblichkeit nach Todesursachen in Deutschland und im internationalen Vergleich. In: Bundesgesundheitsblatt 55,4: 448-458.

Gabka, Dieter (2003): Sterblichkeit und Todesursachen. In: Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern 13,12: 327-340.

Gärtner, Karla; Mühlichen, Michael (2012): Die Entwicklung der Verkehrsunfallsterblichkeit. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 33,1: 6-9.

Karpinski, Jan (1994): Ergebnisse der Todesursachenstatistik. In: Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern 4,11: 16-24.

Kibele, Eva U. B. (2012): Regional Mortality Differences in Germany. Demographic Research Monographs 10. Dordrecht et al.: Springer Verlag.

Kibele, Eva U. B.; Scholz, Rembrandt D. (2009): Trend der Mortalitätsdifferenzen zwischen Ost und West unter Berücksichtigung der vermeidbaren Sterblichkeit. In: Cassens, Insa; Luy, Marc; Scholz, Rembrandt D. (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 124-139.

Mühlichen, Michael (2014): Regionale Mortalitätsunterschiede im deutschen Ostseeraum. BiB Working Paper (im Erscheinen).

Mühlichen, Michael; Scholz, Rembrandt D.; Doblhammer, Gabriele (2015): Soziale Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit in Rostock im 19. Jahrhundert. Eine demografische Analyse anhand von Kirchenbuchdaten. In: Comparative Population Studies (im Erscheinen).

Müller, Karin; Kück, Ursula (1998): Regionale Differenzierung der Sterblichkeit in Mecklenburg-Vorpommern. In: Statistisches Monatsheft Mecklenburg-Vorpommern 10: 17-25.

Salzmann, Thomas (2012): Determinanten der Mortalität in Mecklenburg-Vorpommern. Befunde auf Basis der amtlichen Statistik und der Study of Health in Pomerania. Rostock: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock.

Scholz, Rembrandt D.; Schulz, Anne; Stegmann, Michael (2010): Zur Sterblichkeitsdifferenz von Männern im Ost-West-Vergleich. MPIDR Working Paper 2010-002. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung.

Rückblick

Die Familie in Zeiten der ökonomischen Krise: 7. Kongress der European Society on Family Relations (ESFR) in Madrid

In Madrid fand vom 03. bis 06. September 2014 der 7. Kongress der ESFR statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie sich vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise der letzten Jahre die Familie in Europa entwickelt hat. An dem Kongress wirkten auch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit Vorträgen aus dem BiB mit.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Familie in Europa – von der sozialen Institution zur individuellen Lebensform

In seiner Keynote Speech diskutierte der Direktor des BiB, Prof. Schneider, die Entwicklungstrends der Familie in den Ländern Westeuropas in den letzten drei Jahrzehnten. Im Fokus stand vor allem die Frage, ob es im Zuge der europäischen Einigung und der gesellschaftlichen Modernisierung zu einer Angleichung der Familienentwicklung und -strukturen sowie des Familienlebens in Westeuropa gekommen ist. Die vergleichende Analyse einzelner Indikatoren zeige, dass der Wandel der Familie in Westeuropa durch eine Dualität von Konvergenz und Divergenz gekennzeichnet sei. Dieses Merkmal werde durch zwei gegenläufige Wirkmechanismen, die die Familie prägten, hervorgerufen, so Prof. Schneider. Zunächst wandelten sich Traditionen und kulturelle Leitbilder in den europäischen Ländern oftmals nur allmählich. Dies trage zur fortbestehenden Heterogenität der Familie bei. Hinzu kämen gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und Bestrebungen der EU für gemeinsame Ziele der Familienpolitik, die die Familienentwicklung in Richtung einer zunehmenden Konvergenz beeinflussten. Anhand von äußeren Strukturmerkmalen der Familie wie unter anderem der Entwicklung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften, des Anteils voll erwerbstätiger Frauen in Partnerschaften oder des durchschnittlichen Alters der Frauen bei der Erstgeburt zeigte Prof. Schneider, wie sich die Prozesse der Familienentwicklung verändert haben. Dabei seien zwar in Westeuropa einheitliche Trends erkennbar. Allerdings liefen diese auf unterschiedlichen Niveaus und unterschiedlichen Zeitpunkten ab, so dass länderspezifische Muster erkennbar seien. Ein einheitliches europäisches Muster der Familienentwicklung könne daraus aber nicht abgeleitet werden, betonte der Soziologe. Allerdings habe in allen westeuropäischen Ländern ein Wandel stattgefunden. So belegten nahezu alle Indikatoren, dass sich die Familie wandelt: von einer sozialen Institution hin zur individuell gestalteten Lebensform.

Wohin steuert die Familie in Europa? Bei der Konferenz diskutierte der Direktor des BiB, Prof. Dr. Schneider, die Trends der Familienentwicklung. Es gebe kein einheitliches Muster des Wandels in den europäischen Ländern, betonte er. (Bild:ESFR)

Tammy Ries: Die Akzeptanz räumlicher Entfernung in Paarbeziehungen

Tammy Ries vom BiB betrachtete die Einstellungen zur Akzeptanz von räumlicher Distanz in berufsbedingten multilokalen Lebensformen. Dabei geht es um Formen des Zusammenlebens, in denen mindestens ein Partner aus beruflichen Gründen einen Teil des Jahres nicht am gemeinsamen Hauptwohnort verbringt. Grundlage ihrer Untersuchung waren Paneldaten der Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“. Akzeptieren die Betroffenen eine räumliche Trennung zum Partner eher als Personen, die nicht multilokal leben und wenn ja, warum? Die Auswertungen zeigten, dass die räumliche Distanz in Paarbeziehungen, in denen die Personen aus beruflichen Gründen multilokal leben, stärker akzeptiert werde, betonte Frau Ries. Die Längsschnittanalysen legten nahe, dass dieser Zusammenhang in erster Linie auf Anpassungsprozessen zu beruhen scheine. Multilokalitätserfahrungen führten offenbar zu Veränderungen der Einstellungen in Richtung einer stärkeren Akzeptanz der Entfernung.

Silvia Ruppenthal: Die Folgen berufsbedingter Auslandsrotation für Partnerschaft und Familie

Wie wirkt sich berufsbedingte Auslandsrotation auf Partnerschaft und Familie bei Männern und Frauen aus?

Haben Frauen im Vergleich zu Männern in dieser Situation eher Probleme einen Partner zu finden bzw. erleben sie häufiger Trennungen? Diese Fragen standen im Fokus des Vortrags von Silvia Ruppenthal. Auf der Basis einer BiB-Studie zu Mobilitätskompetenzen im auswärtigen Dienst zeigte sie, dass sich die Auswirkungen der Auslandsrotation geschlechterspezifisch unterscheiden. So sind Frauen im Vergleich zu Männern häufiger Singles und erlebten öfter Trennungen. Zudem sind sie häufiger kinderlos. Darüber hinaus ergeben sich aus den Daten auch Hinweise darauf, dass junge Männer im Vergleich zu älteren in größerem Maße Probleme haben, ihr Familienleben und ihre Partnerschaft mit ihrer Auslandstätigkeit zu vereinbaren. Eine Erklärung hierfür könnte in den sich wandelnden Geschlechterrollen liegen. Junge Frauen sind heute zunehmend weniger bereit ihr eigenes Berufsleben aufzugeben und ihre Partner auf wechselnde Auslandseinsätze zu begleiten. Die Ergebnisse zeigten, dass berufsbedingte internationale Mobilität vor allem für Frauen im Lebensverlauf negative Wirkungen für die Partnerschaft und das Familienleben habe, resümierte Frau Ruppenthal. Diejenigen Arbeitgeber, die hochmobile Erwerbstätige suchten und forderten, müssten diese Folgen mitbeachten und über Formen der Unterstützung ihrer Beschäftigten nachdenken, betonte sie.

Bernhard Gückel, BiB

Das Miteinander von Jung und Alt im Blick – Der 9. Demografiekongress „Best Age“ am 27. und 28. August 2014 in Berlin

Angesichts der tiefgreifenden demografischen Veränderungen stellt sich die Frage, wie sich das Verhältnis von Alt und Jung in den nächsten Jahrzehnten gestalten lässt – und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Dass bereits heute gehandelt werden muss zeigte sich in den Diskussionen und Foren des 9. Demografiekongresses, an dem auch in diesem Jahr über 300 Wissenschaftler, Entscheider und Gestalter aus Bund, Ländern und Kommunen teilnahmen. In einem eigenen Forum zum Thema „Familie im Kontext von Leitbildern, Politik und Arbeit“ präsentierten Wissenschaftler des BiB aktuelle Forschungsergebnisse laufender Projekte. Zudem stellte sich das Demografieportal des Bundes und der Länder mit seiner Arbeit vor.

Demografischer Wandel: Zeit zum Handeln

Wie sehr die Zeit bereits drängt, machte die Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW, Barbara Steffens, in der Eröffnungsrunde deutlich. Es gelte, den derzeitigen gesellschaftlichen Zustand zu reflektieren und notwendige Veränderungen vorzunehmen, appellierte sie. Wenn jetzt damit nicht angefangen werde, gebe es später Engpässe. Alleine in Nordrhein-Westfalen werde sich die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken bis 2050 verdoppeln. Das Gesundheits- und Pflegesystem müsse auf allen Ebenen angepasst werden, zumal der Anteil Jüngerer schrumpfe. Wenn nichts getan werde, fahre das System an die Wand, betonte sie.

Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks, richtete daher den Blick auf die jungen Menschen, die stärker an gesellschaftspolitischen Prozessen beteiligt und mitgenommen werden müssten. So gebe es seit Juli 2014 eine EU-Förderrichtlinie „Jugend stärken im Quartier“, die Kommunen darin unterstütze, passgenaue Hilfsangebote für junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf zu entwickeln. Darüber hinaus müssten die Bedürfnisse von Familien stärker berücksichtigt werden. Partnerschaftlichkeit sei hierbei die Leitidee der deutschen Familienpolitik.

In der „Demografiefalle“: Das Problem des fehlenden Nachwuchses im öffentlichen Dienst

Im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels sind vor allem Ideen gefragt, wie der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (dbb), Klaus Dauderstädt, am Beispiel der Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst darstellte. So liege derzeit das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst bei 44,6 Jahren, bei den Beamten in den Kommunen gar bei 45,8 Jahren. Bis 2030 werde sich allerdings der Anteil der über 60-Jäh-

rigen verdreifachen. Schon heute seien 30 Prozent aller Beschäftigten zwischen 50 und 60 Jahre alt. Es gelte somit, junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu interessieren, um zu verhindern, dass es künftig zu Unterbesetzungen etwa bei der Polizei oder in Schulen komme. Im kommunalen Bereich gebe es beispielweise einen aktuellen Fehlbedarf von 25.000 Beschäftigten, darunter 5.000 im Feuerwehrdienst und 6.000 in den Job-Centern. Hier gehe es um ein anhaltendes Problem, das nicht mit einmaligen Aktionen gelöst werden könne. Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes unter den jungen Menschen zu erhöhen, müsste unter anderem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie von Erziehungs- und Pflegepflichten stärker betont werden. Zudem müssten unbefristete Übernahmen mit einer Karriereperspektive angeboten werden. Gleichwohl sei nicht nur die Nachwuchsgewinnung, sondern auch der Erhalt der Arbeitsfähigkeit des älteren Personals von entscheidender Bedeutung, wie dbb-Vize Hans-Ulrich Benra auf dem Kongress betonte. So müssten die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigt werden, da etwa in der Bundesverwaltung ein erheblicher Anteil der Fehlzeiten auf Langzeiterkrankungen zurückzuführen sei, die bei Personen über 45 Jahren statistisch gesehen häufiger auftreten. Somit müsse die Gesundheitsprävention dringend gestärkt werden, denn sie schone nicht nur die Gesundheit, sondern auch den Haushalt, betonte der Vizepräsident im Rahmen des Forums zum Thema „Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe“.

Wir tun was! Ausgewählte Beispiele und Lösungsansätze aus unterschiedlichen Perspektiven

Wie sich die aktuelle Situation des Miteinanders von Jung und Alt in diversen Bereichen darstellt, wurde in insgesamt 13 Foren diskutiert. So befasste sich das Forum 1 mit der „Ressource Personal“. Hier stand vor allem das Thema der demografieorientierten Personalentwicklung im Mittelpunkt. Im Forum 2 ging es um die Frage, welchen Beitrag die Politik auf der lokalen Ebene für die Situation älterer Menschen liefern kann. Schließlich sei zwischen 2020 und 2040 ein „Alterungs-Tsunami“ zu erwarten, mit dem vor allem die Städte und Gemeinden umgehen müssten, wie der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie, Prof. Dr. Tilman Meyer, betonte. Dazu müsste diskutiert werden, welche Aufgaben von der öffentlichen Hand nicht mehr geleistet werden können. Netzwerke und „sorgende Gemeinschaften“gewännen somit stärker an Bedeutung.

Forum 3 widmete sich der Zukunft der Pflege und der Frage, wie Pflege und Beruf miteinander vereinbart werden können. So stellte die Demografiebeauftragte des Ennepe-Ruhr-Kreises, Christa Beermann, die Kampagne zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unter dem Motto: „Sie pflegen? Wir unterstützen Sie!“ vor. In dem Projekt haben sich 21 Unternehmen zusammengeschlossen, die ihre Beschäftigten im Falle der Pflege von Angehörigen unterstützen. Dabei profitieren sie auch selbst davon.

Die Diskussion in Forum 4 zeigte, welchen Beitrag Forschung und Innovationen in den Kommunen und Regionen zu einem besseren Leben im Alter leisten können. Dazu gehören auch die Kommunen, die sich neuen Herausforderungen gegenübersehen und nach Möglichkeiten und Lösungsansätzen kommunaler Steuerung altersgerechter Quartiere suchen. In Forum 5 erläuterte die Leiterin des kommunalen Senioren Service der Stadt Hannover, Dagmar Vogt-Janssen, wie eine Vernetzung in der altersgerechten Quartierentwicklung aussehen kann. Ziel dieses Konzepts sei es, dazu beizutragen, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben könnten.

Dass sich die Arbeitswelt von morgen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels anderen Herausforderungen stellen muss, wurde in Forum 6 diskutiert. Hier spielte vor allem die Vereinbarkeitsfrage von Beruf und Familie eine große Rolle.

Großes Potenzial der 55- bis 70-Jährigen: Dr. Andreas Mergenthaler präsentierte zentrale Ergebnisse der TOP-Studie des BiB bei der Konferenz.
(Bild: Behördenspiegel)

Um die Gestaltung von regionalen Räumen ging es dann im Forum 7: Am Beispiel der Planungs- und Gestaltungskonzepte unterschiedlicher Städte wurde vorgestellt, wie bürgerschaftliches Engagement vor Ort gefördert und gefordert werden kann. Am Beispiel des Landkreises Osnabrück zeigte Dr. Dirk Heuwinkel (Referat für strategische Planung, Osnabrück) wie angesichts einer älter werdenden Bevölkerung die ländliche

Struktur daraufhin ausgerichtet werden könnte. Deutlich wurde dabei, dass die Strukturgestaltung moderiert und organisiert werden muss.

Wie Bürger vor Ort online an der Gestaltung einer Stadt teilnehmen können, präsentierte Christian Mainka anhand der Online-Plattform „Frankfurt gestalten“. Hier wird eine Vernetzung und der Austausch über lokale Fragen der Frankfurter Bürger gefördert.

Die Potenziale älterer Menschen: Ergebnisse der Forschungsarbeit des BiB

Wie sich die Familie im Kontext von Leitbildern, Politik und Arbeit verändert und welche Folgen ein niedriges Geburtenniveau und eine steigende Alterung hat, untersuchten Wissenschaftler des BiB in Forum 8. So stellte Dr. Andreas Mergenthaler zunächst die Erwerbstätigkeit älterer Menschen und die Übergänge in den Ruhestand auf Basis aktueller Befunde der Studie „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ des BiB vor. Er wies darauf hin, dass es in der aktuellen Forschung zu einem Wandel des Altersbildes gekommen sei – weg von einem Bild, das das Alter als defizitär betrachtet und hin zu einem Modell, das nunmehr die erheblichen Fertigkeiten und Ressourcen Älterer und ihren Beitrag für die Gesellschaft betont. Dies spiegele sich auch im politischen Diskurs wie unter anderem in der Demografiestrategie der Bundesregierung wider.

Engagieren sich Ältere für das Gemeinwesen und wenn ja, wie und unter welchen Voraussetzungen? Auf Grundlage der TOP-Studie des BiB zeigte Frank Micheel, dass die Älteren zwischen 55 und 70 Jahren in großem Maße bereit sind, sich ehrenamtlich zu betätigen. (Foto: Behördenspiegel)

Die TOP-Studie des BiB untersucht in diesem Zusammenhang, in welchem Ausmaß ältere Menschen in den Bereichen Erwerbsleben, Zivilgesellschaft und Familie tätig sind und welche Einstellungen sie zu ihren Tätigkeiten haben. Hinzu kommt die Frage, welche Lebensbedingungen oder -ereignisse das Ausmaß solcher Tätigkeiten bei älteren Menschen bzw. deren Einstellung dazu beeinflussen. Aktuelle Ergebnisse zeigten, dass es in der untersuchten Gruppe der 55- bis 70-Jährigen eine relativ hohe Erwerbsbeteiligung insbesondere im Ruhestand gebe. Dabei hätten Männer über alle Altergruppen hinweg eine höhere Erwerbsbeteiligung als die Frauen. Die Gründe, warum im Ruhestand einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, lägen in individuellen und sozialen Motiven. Allerdings seien Erwerbstätigkeit und -absicht im Ruhestand abhängig von individuellen Ressourcen (z.B. dem gesundheitlichen Zustand), der Einschätzung der finanziellen Lage sowie den betrieblichen Rahmenbedingungen. Um die Potenziale der 55- bis 70-Jährigen im Erwerbsleben zu fördern, gelte es, die Erwerbschancen älterer Frauen zu verbessern, die Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung auszubauen und die betrieblichen Rahmenbedingungen weiter anzupassen, resümierte Dr. Mergenthaler.

Eine weitere Facette in der Diskussion über die Potenziale im Alter betrachtete Frank Micheel. Er präsentierte Befunde der TOP-Studie zur Frage der Bereitschaft bürgerschaftlichen Engagements Älterer. Die Analysen zeigten allgemein erfreulich hohe Werte bezüglich des Engagements bzw. der Engagementbereitschaft in der untersuchten Altersgruppe zwischen 55 und 70 Jahren. Dabei werde vor allem bei den Frauen das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement mit dem Alter geringer, während der Anteil der aktiven Männer über alle Altersgruppen relativ stabil bleibe. Allerdings gebe es innerhalb der Altersgruppen Unterschiede. Auffallend sei zudem ein hoher Anteil definitiv Nichtengagierter in Ostdeutschland. Eine große Rolle spiele auch der Bildungsstand. So gehe hohe Bildung mit hohem Engagement einher. Ein

Gibt es ein Leitbild der Kinderlosigkeit? Auf der Suche nach Ursachen für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland stellte Dr. Jürgen Dorbritz aktuelle Ergebnisse der Familienleitbildstudie des BiB vor. Links im Bild Dr. Martin Bujard und Dr. Andreas Mergenthaler (2.v.l.) (Foto: Behördenspiegel)

niedriger Bildungsstand weise dagegen hohe Anteile an definitiv Nichtengagierten auf. Um die Förderung der Potenziale Älterer weiterzuentwickeln müssten die Risiken im Lebenslauf (wie niedrige Bildung oder Gesundheitszustand etc.) minimiert werden. Denkbar seien adressatenorientierte Informations- und Weiterbildungsangebote, die auch Faktoren wie z.B. Bildungsunterschiede mit einbeziehen. Im Hinblick auf familienbezogenes und bürgerschaftliches Engagement gelte es, geschlechtsspezifische Unterschiede zu beachten.

Kinder ja, aber... – Ursachen für Kinderlosigkeit in Deutschland

Neben den Älteren spielen im demografischen Wandel vor allem die Jungen die entscheidende Rolle und hier vor allem die, die sich gegen Kinder entscheiden. Dr. Jürgen Dorbritz stellte daher Überlegungen über die Ursachen des niedrigen Geburtenniveaus in Deutschland zur Diskussion. Auf der Basis des Familienleitbildsurveys des BiB stellte er die Frage, ob es ein Leitbild der Kinderlosigkeit gibt. Untersuchungen zeigten, dass es sich bei Kinderlosigkeit um ein in Deutschland mittlerweile etabliertes, sozial akzeptiertes Verhaltensmuster handle, das in einer kleinen Gruppe der Bevölkerung kulturell verankert sei. Dabei kristallisierten sich zwei Leitbilder heraus: Dass der risikovermeidenden und dass der autonomiebetonten Kinderlosigkeit. Im letzten Fall gehe es vor allem um die Frage der Betonung eines selbstbestimmten Lebens sowie um Selbstverwirklichung in Beruf und Freizeit und ausgeprägte Karriereorientierungen. Erschwerend komme hinzu, dass Kinderreichtum mit einem Negativimage belegt werde. Interessant sei die Frage, wie und wann dieses Image entstanden ist. Es manifestiere sich somit ein Leitbild der Distanz gegenüber Kinderreichtum. Ein wesentliche Faktor für Kinderlosigkeit stelle auch der Umgang mit der Norm der verantworteten Elternschaft dar. Eltern fühlten sich angesichts wachsenden gesellschaftlichen Drucks hinsichtlich der Erziehung ihrer Kinder überfordert und entscheiden sich in der Folge gegen Kinder. Hinzu komme die Angst, den Kindern nicht genug bieten zu können. Ein Problem stelle auch die Tatsache dar, dass das Erstgebäralter der Frauen angestiegen sei. Das ideale Alter der Geburt des ersten Kindes liege nämlich unter dem realen Durchschnittsalter. Die Forschung zeige, dass diejenige Mutter, die früher das erste Kind bekomme, auch mehr Kinder habe. Somit biete sich an dieser Stelle eine familienpolitische Chance, dazu beizutragen, die Familiengründung früher zu ermöglichen.

Sind die Ziele des Elterngeldes nach gut sieben Jahren weitgehend erreicht worden? Dr. Bujard untersuchte in seinem Vortrag die Wirkungen des Elterngelds im Hinblick auf die angestrebten Ziele. (Foto: Behördenspiegel)

Elterngeld wirkt sich auf fünf Ziele aus: Dr. Martin Bujard zu den Wirkungen des Elterngeldes

Mit Wirkungsanalysen zum Elterngeld befasste sich Dr. Martin Bujard. Er analysierte zunächst die Ziele dieser Maßnahme und zeigte, dass in Politik und Medien unterschiedliche Zielhierarchien erkennbar waren. Dabei war die Einführung des Elterngeldes mit fünf Zieldimensionen (Einkommen, Zeit, Müttererwerbstätigkeit, Gleichstellung, Fertilität) verbunden, wobei sich die Effekte auf die Ziele unterschiedlich auswirkten. Besonders deutlich war demnach der steigende Anteil an Vätern, die Elternzeit nahmen. Auch auf das Einkommen wirkte sich das Elterngeld aus. So wurde der Einkommenseinbruch im Lebenslauf reduziert, wobei es allerdings Gewinner- und Verlierergruppen gab. Ein Gesamteffekt auf die Erhöhung der Geburtenrate lasse sich insgesamt nicht nachweisen, da Wirkungen auf die Fertilität sich überwiegend langfristig vollzögen, erläuterte Dr. Bujard. Somit bleibe die Entwicklung der nächsten Jahre abzuwarten. Allerdings zeige sich, dass der Geburtenrückgang bei den über 35-jährigen Akademikerinnen gestoppt sei. Was die Reformoptionen des Elterngeldes angehe, so seien sowohl die Erhöhung der Partnerschaftsmonate von 2 auf 6 Monate als auch die Erhöhung des Sockelbetrags denkbar.

Aus der Praxis: Der demografische Wandel und seine Folgen aus unterschiedlichen Perspektiven

Mit der Verantwortungsgemeinschaft im Sozialraum befasste sich das Forum 9. Hier wies der Leiter der Abteilung „Ältere Menschen“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Matthias von Schwanenflügel, darauf hin, dass die Alterung Lösungen

brauche, die auch vor Ort ankämen. Da der demografische Wandel im Sozialraum stattfinde, müssten die Menschen dort auch abgeholt werden. Die Übernahme von Verantwortung sei gefragt. Wenn die Menschen nicht mitmachten, funktioniere dies alles nicht.

Das Thema „Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe“ stand im Fokus des Forums 10. Dazu forderte in seinem Impulsvortrag der Beigeordnete für Personal und Gesundheit der Stadt Düsseldorf (FDP), Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, die Politik auf, sich des Gesundheitsmanagements in der Gesellschaft anzunehmen. Inwieweit ein solcher ganzheitlicher Ansatz überhaupt umsetzbar sei, war dann Gegenstand der Diskussion.

Vor welchen Herausforderungen eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum steht, machten die Diskussionen in Forum 11 deutlich.

Die Wahl der passenden Demografiestrategien in Bund und Ländern, mit denen die demografische Situation gemeistert werden kann, wurde in Forum 12 diskutiert. An der Diskussion beteiligte sich unter anderem auch der Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im Bundesministerium des Innern, Dr. Jörg Bentmann. Er wies darauf hin, dass es auf Bundesebene einen interministeriellen Staatssekretärsausschuss zur Demografie gebe. Dieser hatte im April 2014 beschlossen, den Arbeitsgruppenprozess im Rahmen der Demografiestrategie weiterzuführen. Dabei komme eine neue Arbeitsgruppe namens „Jugend gestaltet Zukunft“ hinzu. Sie werde im Oktober ihre Arbeit aufnehmen. Zudem werde im Frühjahr 2015 der dritte Demografie-Gipfel der Bundesregierung veranstaltet und einen Einblick in die Arbeit der Gruppen bieten.

Welche Möglichkeiten Unternehmen in ländlichen Räumen haben und wie der Generationswechsel in alternden bürgerschaftlichen Initiativen und Vereinen organisiert werden kann, stand im Mittelpunkt des Forums 13 zum Thema „Zukunftsfähige ländliche Räume – Herausforderungen für KMUs und Vereine“.

Fazit: Austausch und Vernetzung sind entscheidend

Die vielfältigen Ansätze und Perspektiven der Konferenz zeigten, wie wichtig der Austausch und die Vernetzung zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Ebenen bei der Bewältigung der demografischen Alterung ist. Dabei spielen vor allem die Kommunen eine entscheidende Rolle. Für die Gestaltung des Miteinanders können nämlich kleine Maßnahmen einen großen Nutzen für die älteren Menschen liefern.

Bernhard Gückel, BiB

Weitere Infos zu den Vorträgen unter

http://www.best-age-conference.com

Das BiB in den Medien

„German Angst“ vorm Kinderkriegen?

Dr. Detlev Lück und Dr. Martin Bujard aus dem BiB über die Ursachen für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland

Haben die Deutschen Angst vor dem Kinderkriegen? Untersuchungsergebnisse der ARD-Dokumentation „Der Kinderreport – Nachwuchssorgen im Wohlstandsland“ vom 11. August 2014 legen diesen Schluss nahe. Im Gespräch mit t-online.de wies Dr. Detlev Lück allerdings auf Befragungen des BiB hin, die zeigten, dass sich die Menschen in Deutschland im Schnitt etwa zwei Kinder wünschten – also mehr, als die Statistik letztlich zähle. Die Gründe, warum die Deutschen sich nicht trauten Kinder zu bekommen, lägen unter anderem auch an den hohen Erwartungen an Eltern, betonte Dr. Martin Bujard im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 28. August 2014.

Familie als eine Option unter mehreren

War es vor 50 Jahren noch eine Selbstverständlichkeit Kinder zu bekommen, so ist Familie mittlerweile zu einem Lebensmodell neben anderen Optionen geworden, so Dr.

Lück. Seiner Meinung nach würden sich heute mehr Menschen für Kinder entscheiden, wenn die Rahmenbedingungen dafür günstiger wären. Hierunter versteht er nicht nur die Infrastruktur der Kinderbetreuung, sondern beispielsweise auch die soziale Akzeptanz gegenüber berufstätigen Müttern und Ganztagesbetreuung in Kindergärten und Kinderkrippen. Außerdem müssten Eltern sehr anspruchsvollen gesellschaftlichen Vorstellungen gerecht werden, in welcher Weise und in welchem Umfang Kinder zu beaufsichtigen und in ihrer Entwicklung zu fördern sind, die sie zusätzlich unter Druck setzten. Das Perfektionismusstreben in der Erziehung der Kinder habe auf viele junge Menschen eine abschreckende Wirkung. Manche Paare entschieden sich entweder bewusst ganz gegen Kinder oder schöben die Realisierung eines grundsätzlich vorhandenen Kinderwunsches solange auf, bis es zu spät dafür sei, weil sie sich (in jüngeren Jahren) nicht in der Lage sähen, die Erwartungen an Elternschaft zu erfüllen. Er rät daher zu mehr Gelassenheit beim Umgang mit Kindern in Deutschland, das er keineswegs als kinderfeindliches Land ansehe. Allerdings: „Das kinderfreundlichste Land ist es aber auch nicht."

Was die mittlere Zukunft angehe, halte er einen Anstieg der Geburtenrate auf zwei Kinder pro Frau für unrealistisch. Vorstellbar wäre ein Anstieg auf 1,6 oder 1,7 Kinder je Frau. Dafür müssten jedoch die Rahmenbedingungen in Deutschland, zum Beispiel in der qualitativen Kinderbetreuung und dem zeitlichen Umfang ihrer Verfügbarkeit, weiter deutlich verbessert werden.

Faktoren für den Kinderwunsch

Allerdings gibt es kulturelle und gesellschaftliche Faktoren, die sich auf den Kinderwunsch auswirkten und die von der Politik nur schwer beeinflusst werden könnten. Dazu gehörten Familienleitbilder sowie die Akzeptanz von Mehrkindfamilien, wie Dr. Martin Bujard im Interview mit der „Frankfurter Rundschau" betonte. Die Geburtenrate werde zwar auch von familienpolitischen Maßnahmen beeinflusst, lasse sich aber nicht steuern, zumal es immer schwierig sei, einer einzelnen familienpolitischen Maßnahme einen exakten Effekt zuzuordnen. Dabei sei die Abstimmung von Maßnahmen wichtig. So verweist Dr. Bujard auf die Notwendigkeit eines umfassenden Ganztagsschullangebotes als Ergänzung zum Kita-Ausbau, da sonst die Betreuungsinfrastruktur bruchstückhaft sei. Dass die Geburtenrate in Ländern wie Frankreich deutlich höher sei, liege unter anderem auch an der dortigen stärkeren kulturellen Akzeptanz von kinderreichen Familien, die es so in Deutschland kaum gebe. In Frankreich sei ein drittes oder viertes Kind kein Problem, in Deutschland herrsche hingegen das Leitbild der Zwei-Kind-Familie.

Ein Anheben der Geburtenzahlen sei letztlich auch gar nicht das offizielle Ziel der Politik, sondern sie soll den Menschen eine Möglichkeit geben, ihre eigenen Lebenspläne zu verwirklichen. Und ob dazu Kinder gehören oder nicht, ist am Ende die eigene, individuelle und intime Entscheidung jedes Einzelnen bzw. die eines Paares.

Bernhard Gückel, BiB

Die jungen Frauen gehen – Dr. Stephan Kühntopf zur Entwicklung der Abwanderung aus Ostdeutschland im „Deutschlandradio Kultur – Länderreport" vom 11. August 2014

Mit dem Fall der Mauer startete zunächst eine starke Abwanderungsbewegung Ostdeutscher in den Westen. So verließen in den Jahren 1989 und 1990 jeweils fast 400.000 Menschen die östlichen Bundesländer, wobei im weiteren Verlauf die Abwanderung bis zur Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich zurückging. Über die Frage, welche Bevölkerungsgruppen in den Westen gingen und wie sich die aktuelle Situation darstellt, gab Dr. Stephan Kühntopf aus dem BiB im Gespräch mit dem „Deutschlandradio Kultur" Auskunft.

Die Zahlen belegen, dass seit 1991 im Saldo zusammen 1,1 Millionen Menschen Ostdeutschland in Richtung Westen verlassen haben, das heißt im Durchschnitt 50.000 Personen pro Jahr. Dabei seien es vor allem die Jungen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren die gingen, analysierte Dr. Kühntopf. In der Mehrzahl handle es sich um junge Frauen, so dass es mittlerweile Regionen gebe, in denen ein Drittel mehr Männer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren lebten als Frauen.

Die Frage, ob es eine Abwanderung der gut Gebildeten gebe, lasse sich mit amtlichen Daten nicht nachweisen, da der Bildungsstatus nicht erfasst werde. Erschwerend komme noch hinzu, dass die Forschungsergebnisse auch nicht eindeutig seien. So ließen manche Studien einen „Braindrain“ erkennen, während andere zeigten, dass auch viele mit niedrigeren Bildungsabschlüssen in den Westen gingen.

Klar sei hingegen, dass die Abwanderung seit jeher eher die strukturschwachen ländlichen Regionen getroffen habe und damit vor allem die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Generell lasse sich sagen, dass umso weniger ihre Region verlassen, je näher sie an einer großen Stadt liegen, wie das Beispiel Brandenburg zeige. Im Umland von Berlin gebe es Wanderungsgewinne, während weiter entfernte Gebiete wie die Uckermark eine sehr starke Abwanderung aufwiesen – allerdings nicht mehr nur in den Westen, wie in den letzten Jahren zu beobachten sei, betonte Dr. Kühntopf. Nunmehr fänden Wanderungen zunehmend innerhalb von Ostdeutschland statt und zwar von den ländlichen Räumen in die ostdeutschen Städte. Die aktuellen Zahlen zeigten sogar, dass im Jahr 2013 etwa 1.000 Menschen mehr von West- nach Ostdeutschland als in die umgekehrte Richtung gegangen seien. Dies liege vor allem an Berlin. Ohne diesen Sog in die Hauptstadt wären die Zahlen weiterhin negativ.

Bernhard Gückel, BiB

Das BiB unterwegs

Das BiB beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2014

Einen unterhaltsamen Blick hinter die Kulissen der Politik bot auch in diesem Jahr der Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 30. und 31. August 2014 in Berlin. Im Bundesinnenministerium ließen sich gut 7.800 Besucher und Besucherinnen detaillierte und facettenreiche Einblicke in die Arbeit des Ministeriums und der nachgelagerten Behörden geben. Auch das BiB war mit einem eigenen Informationsstand vertreten.

Dabei informierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des BiB die interessierten Besucher zu Fragen rund um den demografischen Wandel und stellten zugleich die Arbeit des Instituts vor. Hier war dann auch Mitmachen gefordert: In einem Quiz durften die Besucher ihr eigenes Wissen zu demografischen Fakten testen. Darüber hinaus konnten sie sich über das Demografieportal des Bundes und der Länder und die Demografiestrategie der Bundesregierung informieren.

Bernhard Gückel, BiB

Wie lässt sich der demografische Wandel gestalten? Dr. Stephan Kühntopf, Katrin Schiefer und Dr. Christian Fiedler vom BiB standen am Demografieportal des Bundes und der Länder den interessierten Besuchern Rede und Antwort. Mithilfe von Broschüren und Schaubildern präsentierten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des BiB zentrale demografische Trends und zukünftige Entwicklungen.
(Bild: Christian Fiedler)

Publikationen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des BiB

Martin Bujard (2014):
Elterngeld. Wie Agenda Setting und neue Interessenkoalitionen den familienpolitischen Paradigmenwechsel ermöglichten, cases.regierungsforschung.de, Duisburg

Seit dem Jahr 2007 gibt es in Deutschland das Elterngeld. Die eigentlichen Diskussionen und Ideen zur Ausgestaltung auf politischer Ebene fanden aber schon weitaus früher statt.

Der Beitrag zeichnet nun den Weg dieses familienpolitischen Instruments im politischen Prozess mithilfe des Reformkompasses nach. Er beginnt beim Agenda Setting mit der Verzahnung von wissenschaftlicher Expertise, Bündnispartnern und der Kommunikationsstrategie und widmet sich dann dem Entscheidungsprozess bei der Politikformulierung. Schließlich bezieht sich die Analyse auf die Reformphasen bis zur Verabschiedung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes im Bundestag und Bundesrat Ende 2006. Dazu wird die Kommunikationsstrategie zum Elterngeld betrachtet und ein Einblick in zentrale Quellen zur Entstehungshistorie gegeben.

Bernhard Gückel, BiB

Die Publikation online unter

http://regierungsforschung.de/neue-fallstudie-elterngeld-wie-agenda-setting-und-neue-interessenkoalitionen-den-familienpolitischen-paradigmenwechsel-ermoeglichten-von-martin-bujard/

Vorträge

Dr. Detlev Lück: Kulturelle Familienvorstellungen als Bremse für einen Wandel der Familie

Haben die Menschen konkrete Vorstellungen, wie Familienleben normalerweise aussieht oder aussehen sollte? Wie sehen solche Familienleitbilder ggf. aus und inwieweit beeinflussen sie die Lebens- und Familienplanung? Mit diesen Fragen befasste sich Dr. Detlev Lück bei der Konferenz „Family: Continuity and Change“ des Research Network 13 („Sociology of families and intimate lives“) der European Sociological Association (ESA) am 25. September 2014 in Vilnius (Litauen) in seinem Vortrag.

Auf der Grundlage ausgewählter Ergebnisse des Familienleitbilder-Surveys des BiB zeigte er, dass Menschen sehr wohl Vorstellungen davon haben, wie für sie ein normales oder ideales Familienleben aussieht. Aktuelle Auswertungen zeigten allerdings ein ambivalentes Bild, betonte Dr. Lück: Zu differenzieren sei vor allem zwischen den persönlichen Vorstellungen und Leitbildern der einzelnen Menschen und den gesellschaftlichen Leitbildern, also den Vorstellungen, die als in der Gesellschaft dominant wahrgenommen werden und die die öffentliche Diskussion bestimmen. Während erstere durchaus die heutige Pluralität des Familienlebens widerspiegelten, seien letztere noch sehr stark am traditionellen Bild der bürgerlichen Kernfamilie mit männlichem Alleinverdiener und Vollzeit-Hausfrau orientiert. Insofern sei in gesellschaftlichen Leitbildern eine wichtige Ursache für die aus Sicht ökonomischer Theorien unerwartet hohe Stabilität des Familienlebens zu sehen – beispielsweise für die stabile Zuschreibung von Erwerbsarbeit als männlicher und Familienarbeit als weiblicher Hauptverantwortung. Ungeachtet dessen zeige sich in der Gesellschaft für viele Aspekte des Familienlebens ein heterogenes Bild einander widersprechender Leitbilder sowie Ambivalenz und Widersprüchlichkeit. Diese zeugten wahrscheinlich vom aktuellen Wandel der kulturellen Vorstellungen in Deutschland, der noch nicht zu einem neuen gesellschaftlichen Konsens gefunden hat. Insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen verschiedenen Bildungsschichten variieren die Familienleitbilder deutlich. Kausalanalysen legten nahe, dass materielle Rahmenbedingungen und kulturelle Leitbilder die Familienplanung gleichermaßen beeinflussen. So sei es plausibel, dass

Familienleitbilder auch als Bremse für einen Wandel des Familienlebens wirken könnten.

Dr. Detlev Lück über familienpolitische Leitbilder und Wahlfreiheit auf dem Freiheitskongress von „Bündnis 90/Die Grünen“ am 19. September 2014

Der Begriff Freiheit hat Konjunktur – sei es in der Marktwirtschaft, der Ökologie, im Internet, bei der Wahl der Lebensform, der Frage des Grades politischer Regulierung oder in der Forschung. Über diese unterschiedlichen Dimensionen diskutierte die Partei Bündnis 90/Die Grünen am 19. September 2014 in Berlin auf ihrem „Freiheitskongress“, an dem auch Dr. Detlev Lück als Mit-Autor der Studie „Familienleitbilder“ vom BiB teilnahm. Er befasste sich zusammen mit Prof. Dr. Jutta Allmendinger, der Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung sowie der Journalistin Barbara Streidel im Forum 3 zum Thema „Wahlfreiheit oder familienpolitisches Leitbild?“ mit der Frage, ob Familienpolitik ein Leitbild braucht – und wenn ja, ob es bevormundend ist gegenüber all denen, die ein anderes Verständnis von Familie haben. Damit stellt sich die Frage, wie sich ein familienpolitisches Leitbild zur Forderung nach mehr Wahlfreiheit für Eltern verhält.

Eingeleitet wurde die Diskussion von Prof. Dr. Jutta Allmendinger. Sie betonte, dass der Primat der Erwerbstätigkeit für Mann und Frau heute mehr denn je gelte. Dabei sei die Wahlfreiheit in Deutschland geschlechtsspezifisch nach wie vor konnotiert. Die Grundsatzfrage laute, in welchem Verhältnis bezahlte zu nicht bezahlter Arbeit stehe. Dies gelte auch für eine Gleichwertigkeit zwischen akademischen und betrieblichen Berufen. Solange Lohnungleichheit bestehe werde es auch keine Wahlfreiheit geben, betonte sie.

Das Problem mit der Wahlfreiheit: Prof. Dr. Allmendinger (Wissenschaftszentrum Berlin, links im Bild) und Dr. Detlev Lück diskutierten unter anderem die Frage des Verhältnisses zwischen familienpolitischen Leitbildern und der Wahlfreiheit für Eltern. Dr. Lück plädierte für ein möglichst weitgefasstes Familienleitbild um ein Höchstmaß an Wahlfreiheit zu gewährleisten.
(Foto: Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Detlev Lück aus dem BiB wies darauf hin, dass es bei der Familienpolitik nicht nur um Leistungen und Infrastruktur gehe, sondern auch um die aktive Kommunikation und Diskussion über Leitbilder. Schließlich impliziere jede Leistung, die umgesetzt werde, ein dahinter stehendes familienpolitisches Leitbild, auch wenn dieses nicht unbedingt so eng gefasst sein muss wie die Kernfamilie der 1950er Jahre. Umso wichtiger sei es, sich dieses bewusst zu machen, es zu diskutieren, es bewusst zu definieren und es öffentlich zu rechtfertigen. Für die Definition biete es sich an, sie so unspezifisch und weit zu fassen, dass sie ein Höchstmaß an Wahlfreiheit zulässt. Familienleben könne beispielsweise sehr allgemein als ein auf Dauer angelegtes solidarisches Zusammenleben von mindestens zwei Menschen verstanden werden. Allerdings müsse das Familienleitbild für mindestens zwei Fragen unterschiedlich weit gefasst werden: Was wollen wir als Staat rechtlich zulassen und anerkennen? Und was wollen wir (mit Steuergeldern) gezielt fördern? Dass selbst die Antwort auf die erste Frage durch Leitbilder eingeschränkt sei (und evtl. auch eingeschränkt sein sollte) zeigen Beispiele wie Polygamie oder Inzest.

Wie problematisch Wahlfreiheit im Alltagsleben sein kann, illustrierte die Journalistin Barbara Streidel. Hier könne Gleichberechtigung auch voller Konflikte und hoher Belastung sein. Die Zeitfrage sei ein großes Problem. Für sie bedeute Wahlfreiheit ganz konkret, auch mal entschleunigen zu können und abzuschalten.

Frank Micheel: Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit im Ruhestand

Der Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren sowie die Alterung der (Erwerbs-)Bevölkerung erfordert ein Umdenken in der gesamten Erwerbswelt. Neben der Verlängerung der Lebensarbeitszeit müssten vor allem auf drei Ebenen neue Ansätze entwickelt werden, betonte Frank Micheel beim Kongress für betrieblichen Arbeits- und Gesundheits-

schutz des Landesarbeitskreises für Arbeitssicherheit Niedersachsen und des Landesarbeitskreises für Arbeitsschutz Bremen am 25. September 2014 in Bremen.

Die erste betreffe die Politik, die mit der „Rente mit 67“ bereits weitreichende Reformen umgesetzt habe. Für die Betriebe bedeute der Rückgang der (jüngeren) Erwerbsbevölkerung zudem ein Umdenken im Hinblick auf neue Personalstrategien und für die Beschäftigten selbst eine Anpassung ihrer Lebenspläne an die neuen Realitäten. Hier stelle sich die Frage, welche Positionen ältere Erwerbstätige zu einer längeren Erwerbstätigkeit überhaupt haben. Auf der Grundlage des BiB-Surveys „Transitions and Old Age Potential“ (TOP) untersuchte Micheel die Aspekte des „Wollens“ (Einstellungen und Absichten), des „Könnens“ (Gesundheit und Gelegenheit) und des „Müssens“ (z.B. bei einer finanziellen Notlage im Ruhestand). Die Daten zeigen, dass ca. 50% der Befragten im Alter zwischen 55 und 70 Jahren grundsätzlich eine Neigung zur Erwerbsarbeit im Ruhestand hätte. Dabei spielten vor allem persönliche und soziale Aspekte eine Rolle. Relevante Faktoren bei der Entscheidung seien vor allem die Gesundheit, eine vorhandene Gelegenheit zur Beschäftigung im Ruhestand sowie die Bewertung der finanziellen Lage. Insgesamt sei das Thema „Un-Ruhestand“ in Deutschland kein völlig randständiges Thema wie die Untersuchung zeige, sondern werde künftig noch an Bedeutung gewinnen.

Dr. Volker Cihlar: Unterscheiden sich deutsche und vietnamesische Ältere in ihrer subjektiven Gesundheit?

Der Anstieg der Lebenserwartung entwickelt sich nicht in allen Ländern der Erde in gleichem Maße. Daher untersuchte Dr. Volker Cihlar beim 12. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie vom 24. bis 27. September 2014 in Halle (Saale) in Kooperation mit Dr. Hung Manh Nguyen von der Vinh University in Vietnam die Frage, ob sich Ältere in Deutschland und Vietnam hinsichtlich ihrer körperlichen Fitness und ihrer subjektiven Gesundheit unterscheiden. Mithilfe von Fitnesstests untersuchten sie wenig körperlich aktive und selbstständig lebende Senioren. Die Ergebnisse der Stichprobe zeigten, dass sich die vietnamesischen Senioren körperlich fitter präsentierten als die Deutschen. Beim subjektiv eingeschätzten Gesundheitszustand konnten allerdings keine Unterschiede erkannt werden. Dieses Ergebnis sei ein möglicher Hinweis auf eine höhere körperliche Alltagsaktivität in Vietnam und einen insgesamt aktiveren Lebensstil als in Deutschland, resümierte Dr. Cihlar.

Dr. Volker Cihlar: Tätigkeitsmuster im Übergang in den Ruhestand

Bei der gleichen Veranstaltung untersuchte er zusammen mit Dr. Andreas Mergenthaler, Frank Micheel und Jakob Schröber (alle BiB) sowie Prof. Dr. Sonia Lippke vom Jacobs Center on Lifelong Learning (JCLL) der Jacobs University Bremen die Tätigkeitsmuster von 55- bis 70-Jährigen im Übergang in den Ruhestand. Dabei richtete sich der Blick vor allem auf die Frage, ob mit dem Eintritt des Ruhestands eine erhöhte Betätigung in ehrenamtlichen und/oder familiären Bereichen einhergeht und ob bestimmte Typen von Tätigen in der Übergangsphase existieren. Die Auswertungen auf der Basis des Projekts „Transitions and Old Age Potentials (TOP)“ des BiB belegten, dass bei einem nahezu linearen Absinken der Erwerbstätigkeit das bürgerschaftliche und familiale Engagement relativ konstant bleibt, konstatierte Dr. Cihlar. Es wurden sechs verschiedene Typen ermittelt, die sich in ihrer Tätigkeitszusammensetzung und in ihrer Gesamttätigkeit voneinander unterscheiden. Dabei befanden sich im Tätigkeitscluster mit den am geringsten Tätigen die ältesten Personen mit der geringsten Anzahl an Bildungsjahren. Dieser Tätigkeitscluster war zugleich der größte von allen. Die Analyse zeige, so Dr. Cihlar, dass es bestimmte Betätigungsmuster gebe, die sich von kaum bis nicht Engagierten bis zu hoch Engagierten erstrecken. Dabei bildeten weder die Unterschiede in den soziodemografischen Merkmalen noch die reine zur Verfügung stehende Zeit das vorherrschende Kriterium für ein Engagement. Es scheint eher der sogenannte „Erfahrungseffekt“ zu greifen, so dass diejenigen, welche sich in ihrem gesamten Leben engagiert haben, dies auch im Ruhestand beibehalten, während im Alter neu begonnenes Engagement eher selten ist.

Frank Swiaczny: Demografischer Wandel – Zuwanderung als Lösung?

Kann Zuwanderung die Folgen des demografischen Wandels lösen? Mit dieser Frage beschäftigte sich Frank Swiaczny bei einem Workshop im Rahmen der Akademie 2014 der Stiftung der Deutschen Wirtschaft in Aachen am 02. September 2014. Darin untersuchten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen unter der Anleitung von Hernn

Swiaczny unter anderem Modellrechnungen zur Auswirkung von Wanderungsbewegungen auf den demografischen Wandel und formulierten auf dieser Basis Antworten auf das Problem.

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies – News

Heft 03/2014 zum Thema „Familienwerte und Familiennormen. Welchen Einfluss hat Kultur auf familiales und generatives Verhalten?“ ist erschienen

Das Themenheft untersucht den derzeitigen Stand theoretischer Ansätze in der Familienforschung. Ausgehend von der Frage „Wo steht die Familienforschung?“ werden zunächst im Editorial von Detlev Lück die grundsätzlichen Theoriekonzepte vorgestellt und Reflexionen zu ihrem Beitrag für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Familie diskutiert.

Daniela Grunow und Nina Baur stellen dann die Frage nach der Korrespondenz von normativen Vorstellungen und dem Handeln am Beispiel der männlichen Hausarbeit. Dirk Hofäcker und Jana Chaloupková analysieren im europäischen Vergleich zum einen den Wandel von Familienbiografien und zum anderen die sozialen Normen im Familienkontext. Anne Dechant und Florian Schulz widmen sich wiederum dem Thema der Arbeitsteilung in Paarbeziehungen. Dazu untersuchen sie, welche Bedingungen den Ausschlag dafür geben, ob und wie eine Verschiebung der Arbeitsteilung erfolgt.

Die Beiträge im Einzelnen:

Daniela Grunow, Nina Baur

Die Korrespondenz von normativen Vorstellungen und Handeln. Das Beispiel männlicher Hausarbeit

In der Geschlechter- und Familienforschung wird immer wieder eine Diskrepanz zwischen normativen Vorstellungen und faktischem Handeln festgestellt. Zahlreiche Studien belegen, dass seit den 1970er Jahren auf der Ebene der Werte und Einstellungen ein deutlicher Modernisierungstrend hin zu egalitären Geschlechterrollen stattgefunden hat, der sich aber in der Alltagspraxis kaum niederschlägt. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Am Beispiel des Staubsaugens, Wäschewaschens und Kochens geht der Beitrag daher der Frage nach, inwiefern individuelle normative Überzeugungen mit dem Handeln von Männern korrespondieren. Diese drei Tätigkeiten wurden ausgewählt, da frühere Studien darauf hindeuten, dass hier sowohl auf der Einstellungs- als auch auf der Handlungsebene die größten Diskrepanzen zwischen traditionellen und modernen Geschlechterrollen zu finden sind. Untersucht wird nicht nur der allgemeine Einfluss von Geschlechterrollenbildern, sondern auch der relative Einfluss verschiedener konkreter normativer Überzeugungen, namentlich (1) die Stärke der Orientierung am Ernährer-Hausfrau-Modell, (2) die Befürwortung weiblicher Berufstätigkeit, (3) die Einstellung zur Erwerbsarbeit als zentrale Aufgabe des Mannes und (4) die Einstellung zur männlichen Reproduktionsarbeit. Empirisch zeigt sich, dass vor allem individuelle Einstellungen zur männlichen Reproduktionsarbeit für männliche Beteiligung an der Hausarbeit relevant sind.

Dirk Hofäcker, Jana Chaloupková:

Patterns of Family Life Courses in Europe – between Standardisation and Diversity. A Cross-national Comparison of Family Trajectories and Life Course Norms in European Countries

Wie haben sich Familienbiografien einerseits und soziale Normen im Familienkontext andererseits im europäischen Vergleich verändert? Auf der Grundlage der Daten der dritten Welle des European Social Survey von 2006 untersucht der Beitrag die Frage, inwieweit Prozesse der De- und der Restandardisierung einer Normalbiografie mit einem entsprechenden Wandel sozialer Normen in unterschiedlichen Teilen Europas einhergehen.

Die Resultate bekräftigen die Annahme einer Restandardisierung von Familienbiografien im Sinne der Etablierung neuer Standards, die in der jüngeren Generation mehrheitlich akzeptiert und gelebt werden und von den traditionellen Familienmustern abweichen. Als Beispiel mag hier die Lebensform der nichtehelichen Lebensgemeinschaft dienen.

Anna Dechant, Florian Schulz:
Bedingungsszenarien einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung beim Übergang zur Elternschaft in Deutschland

Auf Basis einer qualitativen Längsschnittstudie von 14 deutschen Paaren werden die notwendigen und hinreichenden Bedingungen einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung beim Übergang zur Elternschaft explorativ untersucht. Ausgehend von der These, dass hochgebildet-homogame Paare am ehesten geneigt und durchsetzungsstark genug sein dürften, eine egalitäre Paarbeziehung zu etablieren, wird gezeigt, dass solche Arrangements ohne spezifische Randbedingungen nicht aufrechterhalten oder erreicht werden können. Ein Vergleich von Einstellungen, Familienwerten und -normen mit der gelebten Alltagspraxis deutet in vielen Fällen zudem auf die bekannte „verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ hin.

Texte: Die Autoren und Autorinnen

Download des Heftes unter

http://www.comparativepopulationstudies.de

Neues vom Demografieportal des Bundes und der Länder

DEMOGRAFIE PORTAL des Bundes und der Länder

„Gute Praxis im Dialog“: Neuer Online-Dialog des Demografieportals des Bundes und der Länder zum Thema „Mobil in ländlichen Räumen“

Der neue Praxisdialog des Demografieportals befasst sich mit dem Thema „Mobil in ländlichen Räumen“. Im Mittelpunkt steht dabei das Projekt „NVV-Mobilfalt“ des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV). Hier geht es darum, die Versorgung im ländlichen Raum durch eine Verbesserung der Mobilität zu gewährleisten.

Das Land Hessen hat vor diesem Hintergrund das Projekt angestoßen und fördert es auch. Ziel ist es, Nahverkehrsangebote wie Bus und Bahn um Fahrten mit dem Taxi oder Auto zu ergänzen. So kann in den Pilotregionen jeder seine regelmäßigen oder unregelmäßigen privaten oder geschäftlichen Autofahrten im Rahmen des Projekts „Mobilfalt“ anbieten und erhält dafür eine festgelegte Kostenerstattung. Die Fahrgäste entrichten einen einheitlich günstigen Ticketpreis. Im Dialog soll eine Diskussion zu diesem Projekt gestartet werden, in der es beispielsweise um den Projektverlauf gehen kann, aber auch um geeignete Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren. Ein Ansprechpartner von „NVV-Mobilfalt“ beantwortet die Fragen der Dialogteilnehmer.

Intendiert ist darüber hinaus ein Erfahrungsaustausch über gelungene Praxisbeispiele zur Mobilitätssicherung im ländlichen Raum. Deshalb sind auch Ideen und Erfahrungen aus allen Regionen gefragt. Der Praxisdialog ist am 1. Oktober 2014 gestartet und endet am 16. November 2014.

Link zum Dialog unter

http://www.demografie-portal.de/DE/Mitreden/11_Mobilitaet/mobilitaet_node.html

Veranstaltungen

Symposium zum Thema „Internal Migration and Commuting in International Perspective" vom 04. bis 06. Februar 2014 in Wiesbaden

Von der Arbeitsgruppe „Räumliche Mobilität" in der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie" der DGS sowie der Universität Hamburg wird in Kooperation mit dem BiB vom 04. bis 06. Februar 2015 eine internationale Fachtagung zum Thema „Internal Migration and Commuting in International Perspective" durchgeführt. Wissenschaftliche Beiträge sind willkommen und können bis zum 15. November 2014 eingereicht werden.

Die Erforschung räumlicher Mobilitätsprozesse in der Soziologie hat seit einigen Jahren zu einer breiten Agenda an sozialwissenschaftlichen Fragestellungen geführt. Im Mittelpunkt stehen unter anderem Fragen nach den Formen beruflicher Mobilität, den Ursachen für das Zustandekommen mobiler Lebensformen sowie den Konsequenzen räumlicher Mobilität - sowohl für individuelle Lebensverläufe und Familien als auch für die Städte und Regionen.

In der wissenschaftlichen Debatte in Europa steht dabei insbesondere die räumliche Mobilität im Partnerschafts- und Familienkontext im Fokus. Vor diesem Hintergrund soll die Tagung dazu beitragen, die Thematik aus einer internationalen Perspektive zu analysieren und zu diskutieren.

Call for Paper und Infos unter

http://www.sektion-stadtsoziologie.de/

5. Demokratie-Kongress 2014 der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn am 21. November 2014 zum Thema: „Schrumpft die Demokratie? Wie der demografische Wandel unsere Zukunft verändert"

Am 21. November 2014 findet der 5. Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn statt. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die lebendige Demokratie.

Im früheren neuen Plenarsaal des Deutschen Bundestages soll diskutiert werden, wie sich Machtverhältnisse und Deutungshoheiten durch den demografischen Wandel verändern können, wie Engagement und Partizipation in Zukunft aussehen kann und was sich in der Politischen Bildung ändern muss, um den Anforderungen des Wandels gerecht zu werden.

Der Vormittag des Demokratie-Kongresses startet mit einem „Faktencheck" gefolgt von einer Einführung in das Thema Demografie und Demokratie durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, MdB.

Am Nachmittag finden **drei parallele Foren** statt, die sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Politik, Gesellschaft und politische Bildung beschäftigen. Anschließend haben die Teilnehmer in einem Speed-Dating die Möglichkeit, sich bei den Experten der jeweils anderen Foren in wenigen Minuten zu deren Ergebnissen zu informieren oder Fragen zu stellen.

Zum Abschluss wird der Zusammenhang zwischen demografischem Wandel und Demokratie aus europäischer Sicht beleuchtet.

Zu den Inhalten der einzelnen Foren:

- Forum 1: Wer wird die Macht haben? Politik im demografischen Wandel
- Forum 2: Wie engagieren wir uns in Zukunft für unser Gemeinwohl? Gesellschaft im demografischen Wandel
- Forum 3: Wie werden wir Demokraten der Zukunft? Politische Bildung im demografischen Wandel

Weitere Infos unter

http:// www.kas.de/bundesstadt-bonn/de/events/59805/ events/59805/

Buch im Blickpunkt

Anja Steinbach; Marina Hennig; Oliver Arránz Becker (Hrsg.): Familie im Fokus der Wissenschaft

Ist die Familie in der Krise? Was war Familie gestern und was ist sie heute? Welchen Veränderungen unterliegt sie aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven? Der erste Band der Reihe „Familienforschung" greift verschiedene Ansätze und Themen der Familienforschung auf. Dabei wird deutlich, dass „Familie" nicht mit einer einzigen, allgemeingültigen Definition beschrieben werden kann. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, der nur im Rahmen von historischen, kulturellen und sozialen Bedingungen und aus einem interdisziplinären Blickwinkel zu fassen ist.

So beleuchten die Beiträge nicht nur die Familienentwicklung im Lebensverlauf, sondern auch den Zusammenhang zwischen Familie und Gesellschaft. An dem Band haben neben zahlreichen Wissenschaftlern aus den unterschiedlichsten Disziplinen auch Norbert F. Schneider, Thomas Skora und Heiko Rüger mitgearbeitet. In ihrem Beitrag präsentieren sie neue Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von beruflich bedingten Mobilitätserfahrungen im Lebensverlauf und ihre Bedeutung für die Familienentwicklung.

Das Buch:
Anja Steinbach; Marina Hennig; Oliver Arránz Becker (Hrsg.): Familie im Fokus der Wissenschaft
Springer VS Verlag Wiesbaden 2014
ISBN 978-3-658-02894-7
ISBN 978-3-658-02895-4 (eBook)

Familie gestern und heute

Am Anfang des ersten Teils zum Thema „Familie und Familienbeziehungen im sozialen und institutionellen Wandel" richtet sich der Blick von Heidi Rosenbaum zunächst auf die historische Entwicklung von Familienformen. Sie fragt, wie die Familie in der Vergangenheit funktioniert hat und welche Verbindungslinien es zwischen vergangenem und gegenwärtigem Familienleben gibt. Im Fokus stehen die am weitesten verbreiteten Familienformen: Zunächst die bäuerliche Familie, später dann die bürgerliche Familie als erste Variante der modernen Familie. Für die Herausbildung des bürgerlichen Familienmodells Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts waren demnach zwei Bedingungen zentral: Eine Trennung zwischen Erwerbs- und Familiensphäre und eine gesicherte materielle Situation. Dieses Modell der Familie als Kleinfamilie ist auch heute als Idee und Realität in allen Klassen und Schichten der Bevölkerung präsent, wobei es im Laufe der Zeit Veränderungen unterlag.

Konventionelle Familienform in Deutschland am weitesten verbreitet

Diese führten zu einer Vielfalt der Erscheinungsformen von Familie, wie Anne-Kristin Kuhnt und Anja Steinbach betonen. Sie stellen systematisch vorhandene Familienformen in Deutschland vor. Entscheidendes Kriterium für die Familie ist das Vorhandensein minderjähriger Kinder im Haushalt; damit finden Kinderlose hier keine Berücksichtigung als Familie. Auf dieser Basis werden fünf aktuell in Deutschland existierende Familienformen unterschieden: Die Kernfamilie, Alleinerziehende, Stieffamilien, Adoptions- und Pflegefamilien sowie gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern. Die Analyse zeigt, dass die in Deutschland vorherrschende Familienform (die Kernfamilie) auch gegenwärtig aus einem Haushalt mit Frau und Mann mit leiblichen Kindern besteht. Nicht-konventionelle Lebensformen sind zwar auf dem Vormarsch. Allerdings sind sie im historischen Kontext nicht neu, wie das Beispiel Stieffamilie zeigt.

Spielregeln innerhalb der Familie: Die Paarbeziehung als Verhandlungsarena

Für jegliche Form von Familie gilt allerdings, dass die Lebenspartner und Kinder ihre Alltagspraxis im Wesentlichen durch Aushandlungsprozesse regeln, die nach weitverbreiteter Meinung in der Familienforschung kontraktuellen Charakter haben, da sie zu bestimmten Festlegungen und expliziten Vereinbarungen führen. Günter

Burkart stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob Paarbeziehung und Familie vertragsförmige Institutionen sind und sein können. Er kommt zu dem Schluss, dass es in historischer Perspektive immer mehr Aushandlungsprozesse in privaten Beziehungen existieren. Da es in einer Beziehung nicht nur rationale Regeln der Partnerschaftlichkeit gibt, sondern auch solche der Liebe und Solidarität können private und höchstpersönliche Beziehungen zwischen Partnern nur in bedingtem Maße einer Logik von Vertrag und Verhandlung folgen. Hier spricht man sinnvollerweise besser von einem Modell des Gabentauschs, d.h. einer Ökonomie des Schenkens.

De-Romantisierung der Liebe?

Welche Rolle spielt in der heutigen Gesellschaft eigentlich die Liebesebene? Lässt sich die heute vielfach vertretene These des Niedergangs der romantischen Liebe bestätigen? Dieser Frage sind Karl Lenz und Sylka Scholz nachgegangen. Sie zeichnen den Weg der romantischen Liebe als modernes Kulturmuster durch die letzten Jahrhunderte anhand einer Diskursanalyse der Liebessemantik von Ehe- und Beziehungsratgebern nach. Die Ergebnisse zeigen, dass die romantische Liebessemantik bis heute von großer Bedeutung für die Begründung und Stabilität einer Zweierbeziehung ist. Allerdings kommt es in einigen Aspekten zu einer fortschreitenden Realisierung des Diskursideals der romantischen Liebe. Man könnte auch sagen: Das Ideal der romantischen Liebe trägt weiterhin zu einer Stabilisierung der Beziehung bei, wenngleich sich Verschiebungen in der Liebessemantik nachweisen lassen.

Doing Family – Familie als aktive Herstellungsleistung

Wie schaffen Familien es praktisch, unter heutigen Bedingungen Gemeinsamkeit herzustellen und nicht in individuelle Leben zu zerfallen? Mit dieser Frage beschäftigt sich Karin Jurczyk in ihrem Beitrag. Sie betont, dass man Familie nicht einfach hat, sondern dass man sie „tun“ muss. Damit legt sie den Schwerpunkt vor allem auf den praktischen Ansatz der Familienwissenschaften unter dem Stichwort „Doing Family.“ Prozesse der Entgrenzung und Individualisierung im beruflichen und privaten Bereich wirken sich insofern auf die Familie aus als sich nun Gemeinsamkeit nicht mehr von alleine ergibt. Damit werden persönliche Fürsorgebeziehungen in zunehmendem Maße das Produkt einer aktiven Herstellungsleistung: Familie muss „getan“ werden, damit sie funktioniert. Diese „praxeologische Perspektive“ auf Familie betrachtet die Handlungsdimensionen, Handlungsmodi und Interaktionen von Akteuren, Adressaten und Handlungsinhalten in der Familie.

Familie als Netzwerk

Erkenntnisse über die Entwicklung der Familie basieren meist auf Aussagen über Haushalte, die in der amtlichen Statistik erfasst werden. Doch wie objektiv sind diese Statistiken hinsichtlich der Begrifflichkeiten? Familienleben und -beziehungen sind nämlich nicht an Haushaltsgrenzen gebunden. Daher untersucht Marina Henning im zweiten Teil des Bandes zur Familienentwicklung im Lebensverlauf die Familienbeziehungen über Haushaltsgrenzen hinweg. Sie geht davon aus, dass der Wandel der Wohn- und Haushaltsformen, der sich in der amtlichen Statistik widerspiegelt, nicht mit einem Wandel der gelebten Familienbeziehungen einhergehen muss. Ihr Beitrag zeigt daher die Beziehungsrealität von Familie als Netzwerk in hochdifferenzierten Gesellschaften und deren sozialem Wandel auf. Demnach umfassen Familiennetzwerke das Zusammenleben mehrerer Generationen, was allerdings nicht an den Haushalt gebunden ist. Im Einklang mit Karin Jurczyk sieht sie Familie als Herstellungsleistung in einem dynamischen Prozess, der auch Spannungen und Widersprüche beinhaltet. Dabei spielt für die Erklärung intergenerationaler familiärer Beziehungen in Anlehnung an den Beitrag Günter Burkarts das Konzept des Gabentauschs die entscheidende Rolle.

Berufliche Mobilität und Folgen für die Familienentwicklung

In ihrem Beitrag „Beruflich bedingte Mobilitätserfahrungen im Lebensverlauf und ihre Bedeutung für die Familienentwicklung. Ein Kohortenvergleich“ präsentieren Norbert F. Schneider, Thomas Skora und Heiko Rüger aus dem BiB erstmalig empirische Hinweise dafür, dass der historische Wandel des generativen Verhaltens unter anderem auf einen Wandel bei den berufsbedingten räumlichen Mobilitätserfahrungen im frühen Erwachsenenalter zurückzuführen sein könnte.

In vielen entwickelten Industrienationen, insbesondere auch in Europa, lässt sich seit Jahrzehnten ein Wandlungsprozess des generativen Verhaltens mit einem Aufschub von Geburten in ein höheres Lebensalter und einer

Abnahme der endgültigen Kinderzahl beobachten. In diesem Kontext gehen die Autoren davon aus, dass auch Erfahrungen mit beruflich bedingter räumlicher Mobilität – als Folge gestiegener Mobilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt und flankiert durch eine zunehmende Erwerbsneigung von Frauen – einem zeitlichen Wandel unterliegen. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung treffen jüngere Jahrgänge familienbezogene Entscheidungen vermehrt vor dem Hintergrund aktueller Mobilitätserfahrungen bzw. -erwartungen. Die Autoren untersuchen daher den Zusammenhang von Familienentwicklung und berufsbezogenen Mobilitätserfahrungen. Dabei werden neben beruflich bedingten Fernumzügen auch zirkuläre Formen räumlicher Mobilität wie tägliches Fernpendeln, Wochenendpendeln oder häufige Geschäftsreisen berücksichtigt.

Ein Vergleich zwischen den Geburtskohorten 1952 bis 1960, 1961 bis 1970 und 1971 bis 1977 zeigt, dass sich das Mobilitätsverhalten in der Phase des frühen Erwachsenenalters gewandelt hat. Mittels Analysen mit der zweiten Welle der Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe" für die Länder Deutschland, Spanien und Frankreich präsentieren die Autoren empirische Belege für diesen Wandel, der auch einen Beitrag zur Erklärung des Wandels im Geburtenverhalten dieser Kohorten leistet. Demnach sind berufliche Mobilitätserfahrungen unter den Frauen der 1970er Jahrgänge im Vergleich zu den früheren Geburtsjahrgängen weiter verbreitet und fallen zudem häufiger in die Kernphase der Familiengründung. Für die Männer ist eine ähnliche Entwicklung feststellbar, die jedoch insgesamt deutlich geringer ausfällt. Der Anstieg von Mobilitätserfahrungen ist dabei für beide Geschlechter ausschließlich auf eine zunehmende Verbreitung zirkulärer Mobilität zurückzuführen. Beruflich motivierte Fernumzüge hingegen haben eher abgenommen.

Die Befunde zeigen weiter, dass diese Veränderungen im Mobilitätsverhalten zumindest teilweise eine Erklärung dafür sind, dass bei den Frauen bis hin zur jüngsten Kohorte immer seltener eine Familiengründung bis zum 34. Lebensjahr erfolgt ist. Dies bedeutet, dass bei Berücksichtigung der Unterschiede im Mobilitätsverhalten sich die Unterschiede im Fertilitätsverhalten zwischen den Kohorten wieder angleichen.
(Text dieses Abschnitts: Thomas Skora)

Altersabstand und Stabilität der Beziehung

Wirkt sich der Altersabstand von Partnern auf die Stabilität der Beziehung im Lebenslauf aus? Dieser Frage gehen Thomas Klein und Ingmar Rapp nach. In ihrer Analyse kommen sie zu dem Schluss, dass sich sowohl die altersbezogene Partnerwahl als auch die Bedeutung des Altersabstands im Lebenslauf verändern. So nimmt im mittleren Erwachsenenalter die Spannbreite der Altersabstände deutlich zu und der Einfluss des Altersabstands auf die Beziehungsstabilität verschwindet. Wie lässt sich dies erklären? Hier spielt möglicherweise die Altersheterogenität von Lebensphasen eine wichtige Rolle. Vermutlich existiert im mittleren Erwachsenenalter ein breiter Altersbereich, in dem sich die Lebensumstände im Gegensatz zu den jüngeren Jahren nur noch graduell verändern. Dadurch bestehen auch über größere Altersunterschiede ähnliche Interessen, was der Stabilisierung der Beziehung förderlich ist.

Voraussetzungen für erfolgreichen Bildungserwerb

Warum sind unterschiedliche Herkunftsgruppen unterschiedlich erfolgreich beim Bildungserwerb? Mit dieser Frage beschäftigen sich Bernhard Nauck und Vivian Lotter. Sie untersuchen, inwieweit sich Unterschiede im Bildungserfolg zwischen Kindern aus deutschen, türkischen und vietnamesischen Familien auf Unterschiede in ihrem Sozialkapital (also der Fähigkeit zur Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen) zurückführen lassen. Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen. So lassen sich die Differenzen in den Sozialbeziehungen der deutschen und türkischen Mütter auf Verteilungsunterschiede beim Bildungsniveau und dem Berufsprestige zurückführen. Bei den vietnamesischen Familien deutet sich hingegen eine stabile Strategie einer auf die Familie beschränkten Generierung von Ressourcen an. Dies liegt auch daran, dass diese Minorität deutlich später nach Deutschland eingewandert ist und zudem auch zahlenmäßig relativ klein ist. Damit hat sie nur begrenzte Gelegenheit zur Ausbildung von innerethnischem Sozialkapital.

Gerechte Arbeitsteilung in der Partnerschaft?

Gibt es Unterschiede beim Gerechtigkeitsempfinden der Arbeitsteilung innerhalb der Partnerschaft zwischen Ost- und Westdeutschland? Dieser Frage gehen Heike Trappe und Katja Köppen nach. Dabei kommen sie zu

dem Ergebnis, dass trotz deutlicher Unterschiede in den Erwerbsarrangements sowie bei der Aufteilung der Kinderbetreuung bei Paaren in Ost- und Westdeutschland die Arbeitsteilung in beiden Teilen Deutschlands überwiegend als fair wahrgenommen wird. Markante Unterschiede gibt es allerdings hinsichtlich der vorrangigen Zuständigkeit von Frauen für die Kinderbetreuung. Dies wird in Ostdeutschland als Verletzung der Fairnessnorm empfunden. Dagegen übt in Westdeutschland die Häufigkeit der Anerkennung der Befragten durch ihre Partner einen positiven Einfluss auf die Gerechtigkeitswahrnehmung aus. Die Autorinnen interpretieren dieses Ergebnis als „Ausdruck unterschiedlicher im Sozialisationsprozess vermittelter kultureller Leitbilder" in Ost- und Westdeutschland. Diese prägen nach wie vor die Unterschiede im familialen Verhalten in beiden Teilen Deutschlands, so ihr Fazit.

Generationen in Europa im Lichte empirischer Befunde

Die Familie ist der Rahmen, in dem verschiedene Generationen ihr Leben teilen. Hier wirken Eltern und Kinder in generationenübergreifenden solidarischen Netzwerken zusammen. Angesichts der Pluralisierung der Lebensformen, dauerhaft niedrigen Geburtenziffern und einer stetig steigenden Lebenserwartung werfen Christian Deindl, Martina Brandt und Karsten Hank einen Blick auf die Frage, wie sich die Generationensolidarität in Europa innerhalb von Familien künftig entwickeln wird. Sie betonen, dass über alle europäischen Länder hinweg Generationen eng miteinander verbunden sind. Unterschiede gibt es meist in den Unterstützungsmustern je nach kontextuellen Bedingungen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der demografische Wandel sowohl neue Chancen als auch Herausforderungen für Familien mit sich bringt. So steigt die gemeinsam geteilte Lebenszeit zwischen den Generationen während zugleich der Anteil Kinderloser weiter ansteigt.

In diesem Kontext wenden sich die Autoren allerdings gegen existierende Krisenszenarien, die einen „Verfall der Familie" im Zuge von Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen vorhersagen. Die Familie wird den gesellschaftlichen Wandel überleben, weil sie dynamisch und anpassungsfähig ist, lautet ihre Prognose.

Der Gestaltungsaspekt: Die Ausrichtung der Familienpolitik in Deutschland im Laufe der Jahrzehnte

Wie die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels für Familien gestaltet bzw. gemeistert werden können, wird nicht zuletzt auch durch die Familienpolitik gesteuert. So betrachten Hans Bertram und Carolin Deuflhard zentrale Veränderungen der Leitlinien der deutschen Familienpolitik seit den 1950er Jahren unter der Frage, ob sie bisher gerecht, neoliberal oder nachhaltig ausgerichtet war. Wurde der Schwerpunkt zunächst auf eine gerechte Familienpolitik mit einem Ausgleich bei Familien und Nicht-Familien gelegt, so erfolgte in den 1990er Jahren ein Paradigmenwechsel zur „leistungsorientierten Familienpolitik". Die heutige Familienpolitik steht aus Sicht der Autoren am Scheideweg zwischen einer nachhaltigen und einer neoliberalen Familienpolitik. Hierbei wird die Fürsorge der Ökonomie untergeordnet. Die größte Herausforderung für die Familienpolitik der Zukunft, sowohl bei der Fürsorge für die Kinder als auch die Älteren, besteht darin, die Lebensverläufe an die geänderten demografischen Bedingungen anzupassen. Diejenigen, die Fürsorgeleistungen erbringen, dürfen nicht gegenüber anderen benachteiligt sein. Der horizontalen Gerechtigkeit förderlich wäre es zudem, dass Lebensverläufe im beruflichen Bereich flexibler organisiert werden können.

Das Verhältnis zwischen dem Markt, der sozialen Lebenswelt und politischer Intervention

Welche staatlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Reproduktion der Gesellschaft eine Rolle spielen, diskutiert Wolfgang Streeck im abschließenden Kapitel des Bandes. Ausgehend von der Auffassung, dass der Markt immer stärker in die soziale Lebenswelt eingreift, verdeutlicht er am Beispiel der Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit seit den 1970er Jahren einerseits und den damit verbundenen demografischen und sozialpolitischen Folgen andererseits, welche Schäden diese Entwicklung anrichtet. Entscheidend ist hierbei auch, wie die unterschiedlichen Gesellschaftsmodelle auf diese Marktausweitung reagieren. So gibt es Staaten, die darauf mit stärkerer staatlicher Regulierung antworten, während andere wiederum dem Markt den Vortritt lassen.

In dem Maße, in dem staatliche Leistungen aus ökonomischen Gründen zum Beispiel für Familien entfallen,

muss die Gesellschaft (wenn sie auf die Leistungen nicht verzichten will) durch Regulierungen oder öffentliche Mittel einspringen. Dies muss nicht immer funktionieren, da staatliche Eingriffe auch Nebenfolgen haben können wie etwa eine höhere Staatsverschuldung. Somit stellt sich für ihn die entscheidende Frage: Führt mehr Markt zu mehr Staat oder zu noch mehr Markt?

Fazit: Familie der Zukunft in einem Spannungsfeld zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit

Welche Rückschlüsse geben die Beiträge auf die künftige Entwicklung von Familie? Die vielfältigen Dimensionen von Familie, die in dem Band thematisiert werden, zeigen vor allem eines: Wie sich Familienformen in Zukunft entwickeln werden, hängt nicht nur vom Zusammenspiel verschiedener Akteure sondern auch von den gegebenen Rahmenbedingungen ab. Wie diese künftig aussehen werden, lässt sich gegenwärtig noch nicht vorhersagen. Der demografische Wandel schafft jedenfalls Fakten, die sich auf das Miteinander der Familie auswirken werden – insbesondere was den intergenerationalen Zusammenhalt angeht. Angesichts sinkender Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung werden die Anforderungen an Familie auch in Zukunft nicht weniger. Von einer Krise der Familie kann aber keineswegs gesprochen werden. Das belegen die Beiträge dieses Bandes deutlich.

Bernhard Gückel, BiB

Kurz vorgestellt

Tina Schmid:
Generation, Geschlecht und Wohlfahrtsstaat
Intergenerationelle Unterstützung in Europa
Springer VS Verlag 2014

Praktische Hilfe, Enkelbetreuung und Pflege in der Familie wurden traditionell von Frauen erbracht – aber helfen Frauen ihren erwachsenen Kindern und pflegebedürftigen Eltern heute noch häufiger und zeitintensiver als Männer? Tina Schmid untersucht für vierzehn europäische Länder auf der Grundlage des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ folgende Fragen: Gibt es Geschlechterunterschiede in der Verbreitung, Intensität oder Art der geleisteten Unterstützung zwischen erwachsenen Familiengenerationen? Wie beeinflussen individuelle und familiale Faktoren diese Geschlechterunterschiede? Welche Rollen spielen kulturelle Normen und wohlfahrtsstaatliche Institutionen? Die Autorin präsentiert sowohl wertvolle vergleichende Befunde als auch substanzielle Einsichten in die Besonderheiten der jeweiligen (Wohlfahrts-)Staaten.

Aus dem Inhalt:

- Geschlechterunterschiede in Generationenbeziehungen
- Praktische Hilfe und Enkelbetreuung von Eltern an ihre erwachsenen Kinder
- Pflege und praktische Hilfe von erwachsenen Kindern an Eltern

(Verlagstext)

Impressum

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 5/2014 – 35. Jahrgang
Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
Internet: www.bib-demografie.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0520143
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 5/2014 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.